



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 12. September 2016
Kantonsratspräsident Andreas Hofer

B 49 Neues Theater Luzern / Salle Modulable; Entwurf Dekret über einen Sonderkredit (Beitrag an die Projektierungskosten und Widmung von Stiftungskapital) / Bildungs- und Kulturdepartement

Antrag Guido Müller namens der SVP-Fraktion: Abtraktandierung.

Guido Müller: Im Namen der SVP-Fraktion stelle ich den Antrag, dieses Geschäft abzutraktandieren. Die SVP setzt sich stets für die Wahrung der Volksrechte ein. Daher ist es uns ein Anliegen, dass in dieser wichtigen Frage die Meinung der Luzerner Stimmbürger möglichst rasch mit einbezogen wird. Am 27. November 2016 entscheiden die Stimmbürger der Stadt Luzern darüber, ob sie überhaupt bereit sind, einen grossen Teil des beliebten Inselgebietes für die Salle Modulable zur Verfügung zu stellen. Zusätzlich wird entschieden, ob das Luzerner Theater bei einer Realisierung der Salle Modulable als Kulturhaus weitergeführt werden soll. Diese zwei entscheidenden Fragen haben einen grossen Einfluss auf die weitere Behandlung des Planungskredites und auf die Widmung eines Stiftungskapitals. Die aktuelle Diskussion über das weitere Vorgehen in der Luzerner Finanzpolitik dürfte ebenfalls einen massgeblichen Einfluss haben. Erst etwa Mitte Dezember wird die Luzerner Bevölkerung Gewissheit darüber haben, was der Kantonsrat bezüglich KP17 und Budget entschieden hat. Die Luzerner Bevölkerung wird erst im November über alle Informationen und über alle effektiv geplanten Sparmassnahmen wie Kürzungen und Verschiebungen verfügen und in einer Güterabwägung entscheiden können, ob in dieser Situation ein Planungskredit in der Höhe von 7 Millionen Franken gerechtfertigt ist. Diese 7 Millionen Franken müssen schliesslich auch irgendwo eingespart werden. Die CVP hat das scheinbar auch erkannt, da sie ein Ausgabenmoratorium ins Auge fasst. Mit der Zustimmung zur Abtraktandierung dieses Geschäfts beschliessen wir ein kleines, befristetes Moratorium in Bezug auf den Projektierungskredit. Die Mehrheit der Stimmbewölkerung der Stadt Luzern wird es wohl kaum akzeptieren, wenn ein Planungskredit in dieser Grössenordnung bewilligt wird, bevor überhaupt der Standort gesichert ist und klar ist, wer mit welchen Sparmassnahmen rechnen muss.

Hans Stutz: Die Grüne Fraktion lehnt den Antrag ab. Es hat keinen Einfluss auf die Abstimmung der Stadt Luzern vom 27. November 2017, ob wir heute den Planungskredit von 7 Millionen Franken sprechen oder nicht. Bei der Abstimmung geht es nicht um die Finanzen, sondern um den Standort.

Jacqueline Mennel Kaeslin: Die SP-Fraktion ist gegen eine Abtraktandierung. Das Geschäft hat es verdient, dass wir uns in diesem Rat damit auseinandersetzen. Mit einer Abtraktandierung ist das Geschäft vom Tisch, dessen müssen wir uns bewusst sein. Wir müssen uns in diesem Rat vertiefter mit dieser Vorlage auseinandersetzen. Die Bevölkerung hat ebenfalls das Recht zu erfahren, wie der Kantonsrat über die Salle Modulable und vor allem auch über die neue Theaterinfrastruktur denkt. Es sind komplexe Fragen; die SP-Fraktion will sich diesen erwiesenermassen schwierigen Fragen stellen und sie

beantworten. Die SP-Fraktion will sich nicht drücken, deshalb lehnt sie den Antrag entschieden ab.

Markus Baumann: Die GLP-Fraktion ist gegen die Abtraktandierung. Der Prozessablauf, hier gebe ich dem Antragsteller recht, ist mit unseren demokratischen Gepflogenheiten schlecht zu vereinbaren und hinterlässt einen etwas schalen Nachgeschmack. Der vorliegende Zeitplan ist aber zwischen der Stiftung und dem Trust vertraglich festgehalten und muss zwingend eingehalten werden. Die Reihenfolge zwischen Stadt und Kanton ist verdreht, erfolgt aber zeitnah. Die Kulturpartner haben sich zusammengerauft und den engen Zeitplan mit einem grossen Engagement eingehalten. Sie haben damit die Voraussetzungen geschaffen, dass unser Rat heute einen Entscheid über den Projektierungskredit treffen kann. Die Stiftung soll am 1. Dezember 2016 mit dem heute zu sprechenden Kapital gegründet und der Wettbewerb ausgeschrieben werden. Mit einer Sistierung können wir die Botschaft frühestens während der Januar-Session beraten, so kann der Endzeitplan nicht eingehalten werden. Wer die Salle Modulable nicht in Luzern will, soll den Projektierungskredit ablehnen.

Gaudenz Zemp: Die FDP-Fraktion bringt dem Anliegen grundsätzlich Verständnis entgegen. Primär ist die Stadt Luzern Nutzniesserin der Salle Modulable und muss den Standort zur Verfügung stellen. Deshalb hätte man tatsächlich zuerst die Stadt das Geschäft behandeln lassen können. In der Kommission lag ein entsprechender Antrag vor, der aber mit 7 zu 6 Stimmen abgelehnt worden ist. Begründet wurde dies damit, dass die Stadtluzerner Bevölkerung anlässlich der Abstimmung vom 27. November 2016 die Meinung des Kantonsrates kennen sollte. Deshalb hat man das Geschäft sowohl in der EBKK wie auch in den Fraktionen behandelt; diese Resultate liegen nun vor und sind öffentlich. Es macht deshalb keinen Sinn, das Geschäft abzutraktandieren. Die Diskussion wurde geführt, heute muss ein Entscheid gefällt werden. Deshalb lehnt die FDP-Fraktion den Antrag ab.

Thomas Grüter: Die CVP-Fraktion lehnt den Antrag ebenfalls ab. Wir wollen heute über dieses Geschäft diskutieren und einen Entscheid fällen.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Der Regierungsrat lehnt die Verschiebung dieses Geschäfts aus technischen, qualitativen und vor allem aus politischen Gründen ab. Mit einer Verschiebung würde das Parlament ein fatales Signal an die Bevölkerung der Stadt Luzern senden. Das Kantonsparlament würde zögerlich abwartend aussehen. Die Bevölkerung müsste über den Standort entscheiden, ohne zu wissen, ob der Kanton bereit ist, sich entsprechend an der Projektierung zu beteiligen. Mit einem Ja zum Projektierungskredit hat der Kantonsrat heute die Möglichkeit, ein starkes Signal an die Stadt Luzern zu senden. Der technische, qualitative Grund ist, dass der Zeitplan sehr eng ist und eine qualitativ gute Planung es nicht zulässt, den Termin weiter nach hinten zu verschieben. Ich bin überzeugt davon, dass ohne diesen Planungskredit auch im Dezember nicht alle offenen Fragen beantwortet werden können. Wir müssen gemeinsam die politische Verantwortung übernehmen. Eine Verschiebung macht auch deshalb keinen Sinn, weil wir dadurch keine entsprechende Klarheit erhalten.

Der Rat lehnt den Antrag mit 87 zu 28 Stimmen ab.

Für die Kommission Erziehung, Bildung und Kultur (EBKK) spricht Kommissionspräsidentin Helene Meyer-Jenni.

Helene Meyer-Jenni: Intensiv, detailliert und mehrstufig hat sich die EBKK während der vergangenen Monate mit den Fragen rund um die Salle Modulable auseinandergesetzt. Die Mitglieder haben einerseits die Informationsveranstaltungen im Frühling genutzt sowie ergänzend zum zuständigen Regierungsrat Reto Wyss und der Leiterin Dienststelle Hochschulbildung und Kultur, Dr. Karin Pauleweit, den Präsidenten der Stiftung Salle Modulable, Hubert Achermann, und die Präsidentin der Stiftung Luzerner Theater, Birgit Aufferbeck Sieber, zu verschiedenen Gesprächen begrüsst. Anlässlich der Sitzungen vom 9. Mai 2016 und vom 7. Juli 2016 liess sich die EBKK zur Botschaft informieren und nutzte die Möglichkeit, schriftlich Fragen zu stellen, welche vom Bildungs- und Kulturdepartement umfangreich, ebenfalls schriftlich, beantwortet worden sind. Anlässlich der Sitzung vom 29. August 2016 hat sich die EBKK vor der eigentlichen Beratung nochmals über den dannzumal

aktuellsten Stand der Dinge informieren lassen, nachdem während der Sommerwochen von den künftigen Nutzenden einer Halle intensiv weitergearbeitet worden ist. Zum Eintreten: Zu Beginn hatte die EBKK zwei Anträge um Verschiebung beziehungsweise Sistierung des Geschäfts zu behandeln. Dabei verlangte ein Antrag, dass zuerst die Standortfrage und die Frage zum Baurechtsvertrag durch die Stadt – das Parlament und die Bevölkerung – entschieden werden sollten. Der zweite Antrag forderte ebenfalls, zuerst die Stadt zum Standort Inseli sowie über zwei Initiativen entscheiden zu lassen, vor allem aber müsse der Kantonsrat zuerst das KP17, den Voranschlag 2017 und den AFP beraten und finanzpolitisch entscheiden. Zwar wurde weitgehend bestätigt, dass nach wie vor viele offene Fragen bestünden, die Standortfrage ein eigentliches „Killerkriterium“ sein könne und der enorme Zeitdruck wenig förderlich sei, gleichzeitig wurde betont, dass der erste Entscheid oder die „heisse Kartoffel“ nun nicht an die Stadt weitergereicht werden solle und der Kantonsrat gefordert sei, Farbe zu bekennen, Verantwortung und Führung zu übernehmen und die Ausgangslage für die Stadt zu klären. Zudem könne eine Sistierung als Ablehnung unter anderem Titel betrachtet und der Zeitplan definitiv nicht mehr eingehalten werden. Die Anträge um Sistierung wurden mit 7 zu 6 Stimmen beziehungsweise 9 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Danach hat die EBKK einstimmig Eintreten beschlossen. An dieser Stelle nehme ich nun auch schon das Resultat der Schlussabstimmung vorweg: Die EBKK hat den Entwurf des Dekrets über einen Sonderkredit mit 10 zu 3 Stimmen abgelehnt. Diese Ablehnung sollte denn auch die nachfolgend meist kritischen Überlegungen der Kommission erklären können. Wichtig ist der EBKK aber, dass diese unter Wertschätzung und Achtung gegenüber den Projektverantwortlichen und involvierten Personen erfolgten. Zur Ausgangslage: Ohne hier im Detail auf die Vorgeschichte einzugehen, war es der EBKK wichtig, sich nochmals vor Augen zu führen, dass das Geschäft bereits seit einigen Jahren unter teilweise sehr schwierigen Umständen in Arbeit ist. 2007 wurde die Stiftung Salle Modulable gegründet. Auslöser dazu war die Vision des Kunstmäzens und Schenkers Christof Engelhorn, dessen Butterfield Trust beschloss, die Realisierung dieser Idee eines einzigartigen, räumlich veränderbaren Musik- und Theatersaales mit 120 Millionen Franken zu unterstützen. 2008 wurden die Konzipierungsarbeiten durch die Stiftung ausgelöst, mit Beteiligung von Kanton und Stadt. 2010 lancierten Kanton und Stadt das öffentlich finanzierte Projekt „Neue Theater Infrastruktur – NTI“. Im gleichen Jahr kam es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen der Donatorin Butterfield Trust und der Stiftung. 2014 einigten sich die Stiftung und die Geldgeber nach einem Rechtsstreit – jedoch aussergerichtlich –, die Salle gemeinsam im Rahmen von NTI neu, nun unter der Leitung der öffentlichen Hand, das heisst Kanton und Stadt, zu realisieren. Die wesentlichen Inhalte der Beratung haben sich dann vor allem an folgenden drei Betrachtungspunkten orientiert: Erstens: Konzeption und Dimension der Salle als neues Luzerner Theater: Die Salle Modulable wird als visionäres Jahrhundertprojekt bezeichnet, mit welchem zwei Ziele erreicht werden könnten, nämlich die Weiterentwicklung des Lucerne Festivals einerseits und die neue Heimat für das Luzerner Theater andererseits. Das heutige Drei-Sparten-Theater spielt und produziert in einem seit längerer Zeit sanierungs- und erweiterungsbedürftigen Haus, für welches in unmittelbarer Zeit von Kanton und Stadt Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Ein Teil der EBKK sieht die Salle als eigentliches Innovations-, Weiterentwicklungs- und Leuchtturmprojekt, welches grosse Strahlkraft in vielfältiger Beziehung entfalten könne. Trotzdem wird von einigen EBKK-Mitgliedern stark bezweifelt, ob die Salle dereinst tatsächlich auf die Bedürfnisse des Luzerner Theaters ausgerichtet werden kann. Die Konzeption, die klar von den Dimensionen für eine markante Entwicklung für das Lucerne Festival ausgeht, werde insbesondere für das Theater zu gross und damit zu teuer. Diese Stimmen sehen sich durch den Aufruf der Stiftung Luzerner Theater Anfang Juli bestätigt. Die Zweifel bleiben vielerorts, auch nachdem sich nach den Sommerferien sowohl das Theater als auch die freie Theaterszene positiv und deutlich hinter die Salle gestellt haben. Unklar und unbestätigt ist, in welchen Märkten und Bereichen sich die Salle dann tatsächlich etablieren kann beziehungsweise muss, damit das Haus während zwölf Monaten und nicht nur während der Festival-Zeit ausreichend ausgelastet ist.

Zweitens: Vorgaben des Trusts und Prozess des Einbezugs: Die Projektanforderungen, unter anderem die räumlichen Dimensionen des Gebäudes mit der grossen Bühne und die flexible Ausstattung, aber auch der Standort und der enge Zeitplan sind vom Trust bereits klar vorgegeben und nicht weiter verhandelbar, so auch die Auskunft des Stiftungspräsidenten. Die EBKK schätzt die starren Vorgaben als problematisch ein. Die Entwicklung der Salle sei nicht ein Ergebnis eines „sauberen“ Prozesses, sondern ein von einem Mäzen lanciertes Produkt, dies sei deutlich spürbar. Ein umfassender Einbezug der politischen Kräfte und der Bevölkerung erfolgte darum auch deutlich zu wenig und vor allem zu spät. Dies wird aus demokratiepolitischer Betrachtung als unbefriedigend und klar erfolgsmindernd beurteilt. So hätte gerade für die aktuelle Phase der Diskussionen vor den Parlamentsentscheiden bedeutend mehr Zeit vorgesehen werden müssen. Alles erfolgt jetzt unter Hochdruck, was für die Entscheidenden sehr unbefriedigend ist, da seriöse, gut ausgewogene Entscheide auch entsprechend Zeiträume, gute, differenzierte Information und Kommunikation benötigen. Drittens: finanzpolitische Betrachtung: Von Regierung, Stadtrat, Parteien und Wirtschafts- und Kulturkreisen wird oft betont, dass Luzern als Kultur- und Musikstadt eine enorme Strahlkraft hat und Wertschöpfung generiert. Mit der Salle könne dies noch bedeutend zunehmen. Trotzdem fehlt der EBKK für ein Projekt von der Dimension der Salle mit einem Projektierungsvolumen von rund 12 Millionen Franken, voraussichtlichen Baukosten von 208 Millionen Franken und einem Investitionskostenanteil von Kanton und Stadt von 93 Millionen Franken (inklusive Baurecht) und geschätzten Betriebskosten von 31 Millionen Franken – und damit 7 Millionen Franken mehr als heute – eine positive finanzpolitische Perspektive des Kantons Luzern. Obwohl es zudem als störend betrachtet wird, dass bereits für den Anteil des Kantons an die Projektierungskosten von 6,979 Millionen Franken ein um 2,4 Millionen Franken höherer Betrag als im AFP eingestellt eingebracht werden muss, sind es nicht diese Kosten, die zu einer negativen Entscheidung der Kommission geführt haben. Vielmehr erachtet eine Mehrheit der EBKK den Finanzbedarf für die Investitions- und Betriebskosten als zu hoch und zu risikobehaftet und will diese widersprüchliche Haltung nicht verantworten. Die zu erwartenden Mehrkosten werden als nicht vereinbar mit den Spar-Entscheidungen – insbesondere mit den bereits erfolgten Sparpaketen und dem aktuellen KP17 sowie der finanziellen Aussichten im AFP – beurteilt. Auf die Schenkung von inzwischen noch 80 Millionen Franken und damit auf die Möglichkeit, etwas Grossartiges zu entwickeln, könne, ja dürfe der Kanton nicht verzichten, so beurteilt eine Minderheit der EBKK die Situation. Die Mehrheit beurteilt dies aber anders und sieht den Kanton mittel- und langfristig in hohem Mass finanziell gefordert, trotz privater Schenkung und weiterer, in Aussicht gestellter Geldgebender. Letztendlich ist es die öffentliche Hand, die für das Gelingen und die Sicherung der Salle geradestehen müsse. Zudem stuft sie eine massgebliche Senkung der Mehrkosten im Betrieb als unrealistisch ein. Obwohl in der Botschaft eine Kostenoptimierung in Aussicht gestellt wird und der Regierungsrat dies mehrfach betont hat, wurden nie klare Aussagen gemacht, in welcher Grössenordnung eine solche Reduktion verlangt würde. Ergänzend zu den vorstehenden Aspekten wurde die Standortfrage diskutiert. Für die EBKK war der Standort für die Schlussentscheidung jedoch nicht von zentraler Bedeutung. Teilweise wurde aber bedauert, dass keine Standortvarianten mehr verhandelbar sind. Fazit und Antrag: Die Kommissionsmitglieder haben sich während der vergangenen Monate in einem Dilemma, im Spannungsfeld insbesondere von kultur- und finanzpolitischen Betrachtungen, befunden und mit ihren Entscheiden stark gerungen. Daher nochmals: bei aller Wertschätzung den Projektverantwortlichen gegenüber hat die EBKK am 29. August 2016 mit 10 zu 3 Stimmen den Entwurf des Dekrets über einen Sonderkredit abgelehnt und beantragt nun, die Botschaft B 49 und damit den Beitrag von 6,979 Millionen Franken an die Projektierungskosten und die Widmung von Stiftungskapital ebenfalls abzulehnen.

Für die CVP-Fraktion spricht Thomas Grüter.

Thomas Grüter: Im Namen der Mehrheit der CVP-Fraktion bitte ich Sie, den Projektierungskredit für die Salle Modulable zu unterstützen. Lassen Sie uns diese Chance packen. Geben wir uns und den Initianten die Chance, die Vision eines neuen

Theaterhauses am See zu konkretisieren. Für die Mehrheit der CVP-Fraktion ist die Salle Modulable ein visionäres Theaterprojekt, das eine Chance verdient. Halten wir uns vor Augen: Mit der Salle können zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: Erstens: Die Salle Modulable soll die neue Heimat für das Luzerner Theater werden. Das Theaterhaus an der Reuss ist veraltet und muss ohnehin saniert oder neu gebaut werden. Zweitens: Die Salle bietet die einmalige Möglichkeit, dass sich das Lucerne Festival weiterentwickeln kann. Mit der Salle Modulable kann sich Luzern als international renommierte Kultur- und Musikstadt etablieren. Mehr noch, sie kann ihre Stellung und Bedeutung weiter ausbauen. Die Konkurrenz schläft nicht, weder im In- noch im Ausland. Luzern ist gut beraten, weiter in den Tourismus und in die Standortattraktivität zu investieren. Die Salle Modulable ist daher nicht nur eine Investition in die Kultur. Sie trägt mindestens ebenso zur Steigerung der Wertschöpfung und zum volkswirtschaftlichen Nutzen bei. Kritiker wenden ein, dass viele Fragen zur Salle Modulable offen sind. Das ist so. Viele Fragen zum Raumkonzept oder auch zu den Finanzen sind noch nicht geklärt. Genau darum braucht es weitere Abklärungen und weitere Arbeiten. Die offenen Fragen können nur beantwortet werden, wenn wir jetzt den Projektierungskredit sprechen. Zu den Finanzen: Ein Ja zum Projektierungskredit ist noch kein Ja zum Projekt. Wenn die Mehrheit der CVP-Fraktion jetzt dem Sonderkredit zustimmt, dann tut sie dies mit einer klaren Erwartung. Mit dem Kredit verbindet die Fraktion den unmissverständlichen Auftrag, dass die zu erwartenden Betriebskosten für die Salle Modulable gesenkt werden müssen. Nur eine Salle Modulable, die wir uns im Betrieb und Unterhalt auch leisten können, kann den gewünschten Nutzen für den Standort Luzern bringen. Die Salle Modulable ist eine Vision, die es verdient, konkretisiert zu werden. Der Projektierungskredit ist die Voraussetzung, dass offene Fragen geklärt werden können. Ein Ja zum Projektierungskredit ist noch keine Zustimmung zum Projekt. Die Betriebskosten sind noch zu hoch. Sie müssen gesenkt werden.

Für die SVP-Fraktion spricht Bernhard Steiner.

Bernhard Steiner: Die SVP-Fraktion wird auf Botschaft B 49 eintreten und sie grossmehrheitlich ablehnen. Die Ablehnung möchten wir aufgrund der folgenden Punkte begründen. Für eine Mehrheit der Fraktion ist die Salle Modulable überdimensioniert. Die Kosten sind im Vergleich zur bestehenden Finanzlage im Kanton Luzern deutlich zu hoch. Auch die undemokratischen Abläufe in diesem ganzen Projekt stossen bei der Fraktion auf Widerstand. Aber alles der Reihe nach: Der Butterfield Trust hatte aufgrund der mangelhaften Informationspolitik der Rütli-Stiftung und der Stiftung Salle Modulable sowie von verschiedenen fragwürdigen Zahlungen die Überweisung weiterer Gelder im Jahr 2010 eingestellt. Insbesondere werden in den Gerichtsakten die Bonuszahlungen an die Stiftungsräte und den Intendanten des Lucerne Festivals genannt. Aufgrund des sagen wir einmal ungeschickten Taktierens des Stiftungsrates war dann eine Gerichtsklage auf den Bermudas überhaupt notwendig geworden. Mittlerweile werden die Öffentlichkeit und das Kantonsparlament weiter im Ungewissen gelassen, wieso statt 120 Millionen Franken plötzlich nur noch 80 Millionen Franken zur Verfügung stehen. Seither wird natürlich spekuliert, weil eine offene Beantwortung der Fragen verweigert wird. Aber es kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass der Stiftungsrat nicht ganz unschuldig ist, dass bereits 40 Millionen Franken verschwunden sind, die nun durch öffentliche Gelder kompensiert werden müssen. Den Gerichtsakten ist auch zu entnehmen, dass es der Wille des Stifters Christof Engelhorn war, dass neben dem Bau auch sämtliche Planungs- und Projektierungskosten zulasten der Stiftung gehen. Es scheint uns deshalb folgerichtig, dass die Planung und die Projektierung der Salle Modulable vollumfänglich durch den Trust finanziert werden sollen. Der EBKK wurde die Einsicht in die Vergleichsvereinbarung zwischen der Stiftung Salle Modulable und dem Trust zuerst beharrlich verweigert. Mitte letzter Woche zeigte man dann die späte Einsicht, das Settlement Agreement quasi in letzter Minute trotzdem zu präsentieren. Wenn eine solche Abmachung getroffen wird, die für die öffentliche Hand Kosten zur Folge hat, dann muss dies offen und transparent dargelegt werden. Sonst soll die Stiftung Salle Modulable die Kosten der Projektierung übernehmen, wie es von Anfang an vom Stifter vorgesehen war. Zur Standortplanung haben wir auch

einige Fragen gestellt, deren Beantwortung sehr dürftig blieb. Der Stifter hatte von einer Salle Modulable in Luzern oder der nahen Umgebung gesprochen. Die Auswahl der Standorte für die Arup-Studie scheint sehr willkürlich und auf die Stadt beschränkt. Es bleibt weiterhin unklar, wieso beispielsweise der Standort beim Lido lange Favorit war und nun gar nicht mehr infrage kommt. Die Finanzlage des Kantons Luzern erlaubt es nicht, finanzielle Kapriolen und Wagnisse einzugehen. Seitens der Regierung und des Departementes werden keine klaren Angaben gemacht, wie die Projektierung sowie der Unterhalt und Betrieb der Salle Modulable und der neuen Theaterinfrastruktur finanziert werden sollen, was nicht für eine umsichtige Zukunftsplanung spricht. Die Salle Modulable ist eine Vision, die mit einem multifunktionellen Theatersaal für 120 Millionen Franken gestartet ist. Die Finanzierung einer Salle Modulable wäre mit diesem Betrag wohl möglich gewesen. Das erste, 2010 präsentierte Projekt mit Standort Lido hatte bereits ein Investitionsvolumen von 157 Millionen Franken. Mittlerweile sind die Sterne aber in den Himmel gewachsen, und man hat den Theatersaal zunehmend aufgeblasen. Mit 208 Millionen Franken sind die Kosten bereits rund 75 Prozent höher, als ursprünglich geplant. Es ist zu vermuten, dass mit der konkreten Projektierung diese Kosten weiter steigen werden. Die Bevölkerung von Kanton und Stadt Luzern wird frühestens im Mai 2019 über einen Bau der Salle Modulable abstimmen können, zu einem Zeitpunkt, wo die Finanzlage sich noch schlechter präsentieren wird und ein Schuldenberg, grosse Sparprogramme und Steuererhöhungen wahrscheinlich bereits Realitäten sind. Der Luzerner Bürger wird hierfür wenig Verständnis haben. In diesem Sinn lehnt die SVP-Fraktion die Vorlage grossmehrheitlich ab.

Für die FDP-Fraktion spricht Gaudenz Zemp.

Gaudenz Zemp: Die FDP-Fraktion tritt auf die Botschaft B 49 zur Salle Modulable ein. Die Vorlage spaltet allerdings die Fraktion. Wenn man das Projekt aus liberaler Sicht betrachtet, zeigt es nämlich völlig unterschiedliche Gesichter. Die FDP steht für Fortschritt. Das Projekt ist denn auch sehr innovativ. Es kann den Tourismus und die Kultur in Luzern vorwärtsbringen. Die Chance ist da, dass hier Weltklasse-Architektur an Weltklasse-Lage für Weltklasse-Kultur entsteht. Deshalb sollte man Ja zur Vorlage stimmen. Die FDP steht für Freiheit. In diesem Projekt führt aber ein fremder, undurchsichtiger Trust die Politik an der Kandare: Der Trust bestimmt das Bauvolumen, den Standort und die Termine. Das hat mit Freiheit nichts zu tun. Wir planen, künftig jeweils über die Dauer von zehn Jahren 310 Millionen Franken in ein Musiktheater zu stecken. Da sollte man in Varianten denken, nur so hat man die Gewissheit, das Geld optimal zu investieren. Hier gibt es aber ein von Fremden vorgegebenes Projekt ohne Plan B. Das widerstrebt uns Liberalen. Man sollte Nein stimmen. Die FDP steht für Gemeinssinn. Unter dem Dach der Salle Modulable sollen die freie Szene, das Luzerner Theater, das LSO und das Lucerne Festival eine gemeinsame Heimat finden. Diese enge Zusammenarbeit mit entsprechenden Synergien wäre zu unterstützen. Es ist sehr erfreulich, dass offensichtlich unter dem Druck dieses Projekts die Kulturszene an einem Strick ziehen will. Man sollte deshalb Ja stimmen. Die FDP steht für solide Finanzen. Der Kanton hat hier aber bereits über die letzten Jahre mehrere Millionen Franken à fonds perdu aufgewandt. Die Projektierungskosten haben sich glatt verdoppelt. Die Betriebskosten liegen bei über 31 Millionen Franken, und sie sind nicht gesunken, obwohl der Regierungsrat dies gefordert hat. Der Trust selber hat auch bereits gut 40 Millionen Franken abschreiben müssen. Jetzt sollen nochmals 12 Millionen Franken für eine Projektphase aufgewendet werden. Das Projekt ist ein Fass ohne Boden. Deshalb sollte man Nein stimmen. Die FDP steht für einen schlanken Staat. Das Projekt wurde von Privaten in Eigeninitiative angestossen. Der Trust will 80 Millionen Franken an die Baukosten zahlen. Weitere 35 Millionen Franken kommen von Privaten. Die Initianten waren in den letzten Wochen persönlich sehr aktiv, und sie haben sich mit Herzblut für das Projekt engagiert. Das verdient Respekt. Zudem sollte man auch wertschätzen, dass uns eine private Person einen so hohen Betrag schenken möchte. Man müsste Ja stimmen. Die FDP steht für saubere Prozesse. Das Projekt war aber über die ganze Zeit unberechenbar, und der ganze Ablauf war von Beginn weg verkehrt aufgesetzt. Man stritt über Standorte, statt zuerst die Marktchancen zu klären und daraus ein Konzept abzuleiten. Noch heute fehlen Angaben zu

Kundenpotenzialen, und man sucht vergeblich nach einem Businessplan. Deshalb sollte man Nein sagen. Die FDP steht für Kontinuität. Viele haben aber Angst, dass das Luzerner Theater ohne Salle Modulable keine Zukunft hat. Damit würde die lange Tradition eines produzierenden Theaters mit einem Drei-Sparten-Ensemble zunichte gemacht. Deshalb sollte man Ja sagen. Die FDP steht für Eigenverantwortung. Der Staat subventioniert aber schon heute jeden Eintritt ins Luzerner Theater mit über 300 Franken. Nun soll dieses Modell auf ein noch grösseres Haus ausgeweitet werden, dies in einem Moment, in welchem die Möglichkeiten und die Grenzen des Staates neu definiert werden müssen. Man sollte deshalb Nein stimmen. Das Projekt ist wie eine Kippfigur. Je nach Blickwinkel sieht es ganz anders aus. Die Fraktion ist deshalb gespalten, und die meisten sind persönlich hin- und hergerissen. Für uns ist klar, dass wir auf die Botschaft eintreten. Bei der Beurteilung haben wir allerdings eine Situation, welche wir von der FDP gar nicht gerne haben. Wir sagen gerne deutlich Ja oder deutlich Nein. Hier gibt es aber wohl eher ein „Jein“. Eine knappe Mehrheit der Fraktion möchte dem Projekt trotz aller Bedenken eine Chance geben. Dabei ist es uns wichtig, dass bis zum Entscheid des städtischen Parlaments und der städtischen Volksabstimmung keine Gelder fliessen. Und wohlverstanden: Ein Ja ist nicht ein Ja zur Salle Modulable, sondern ein Ja zur nächsten Projektphase. Die Salle Modulable ist eine sehr schwierige Vorlage, und sie ist in einem direkt-demokratischen Prozess mit kommunaler und kantonaler Ebene fast nicht seriös zu behandeln. So oder so werden wir heute Nachmittag endlich ein erstes Ergebnis haben, und ich glaube, wir sind alle froh darüber.

Für die SP-Fraktion spricht Jacqueline Mennel Kaeslin.

Jacqueline Mennel Kaeslin: Auch die SP-Fraktion hat sich mehrere Stunden intensiv mit der Salle Modulable befasst und ist nach langem Ringen mit einer deutlichen Mehrheit gegen den Projektierungskredit. Dieses Nein ist aber kein generelles Nein für eine neue Theaterinfrastruktur. Die SP steht ein für ein öffentliches Theater mit einer modernen Infrastruktur und ein Theater, welches sich an alle Bevölkerungsschichten richtet. Eine Minderheit will mit einem Ja zum Kredit die Salle Modulable nicht schon zum jetzigen Zeitpunkt beerdigen, sondern dem Anliegen eine Chance geben, um offene Fragen zu klären. Aber auch da: Ein Ja zum Projektierungskredit bedeutet noch nicht ein generelles Ja zur Salle Modulable. Ich versuche nun, unsere beiden Positionen noch detaillierter darzulegen. Sehr stossend für beide Lager unserer Fraktion ist die intransparente und undemokratische Vorgehensweise des Trusts und die daraus entstandenen Abhängigkeiten. Der Trust hat unter der Bedingung, nur dann die 80 Millionen Franken auszuzahlen, die Vorgaben für die Raumkonzeption, den Standort und den zeitlichen Ablauf einseitig vorgegeben, obwohl gerade die Raumkonzeption von einer inhaltlichen Entwicklung der künftigen Nutzer weit entfernt ist. Der Trust hat diesbezüglich kein produzierendes Theater vorgesehen, was schon einmal den Bedürfnissen des Luzerner Theaters widerspricht. Zudem verhindern der enorme Zeitdruck und die starren Vorgaben ein mehrheitsfähiges Theater. Das Ganze wurde sehr unprofessionell aufgegleist, was dem berechtigten Anliegen einer mehrheitsfähigen Theaterinfrastruktur sehr schadet. Das bedauern wir sehr. Wir wollen ein Raumkonzept, welches den Bedürfnissen der Theaterschaffenden entspricht und nicht umgekehrt. Wir wollen kein Raumkonzept, welches einseitig vom Trust vorgegeben wird und nach dem sich die Theaterschaffenden zu richten haben und das zudem finanziell nicht tragbar ist. Ich betone nochmals: Wir wollen ein neues Theater. Wir sind auch gewillt, entsprechende Mittel zu sprechen, obwohl der Kanton vor dem grössten Abbauprogramm aller Zeiten steht. Aber eine Mehrheit zweifelt daran, dass die Salle Modulable überhaupt gewinnbringend beispielbar sein wird. Gerade in Zeiten der „Finanzdepression“, wie wir sie nun seit einiger Zeit in unserem Kanton erleben, wäre ein wirkliches Innovationsprojekt, ein Zusammen-für-etwas-Kämpfen und -Eintreten unglaublich wichtig und wohltuend. Eine Mehrheit der SP-Fraktion ist aber nicht überzeugt, dass es sich lohnt, für ein so unausgereiftes, teilweise intransparentes, von Dritten so klar dominiertes Projekt so viel Geld in die Hand zu nehmen. Wir wissen alle, wo der Regierungsrat und der Kantonsrat den dicken, roten Spargel angesetzt haben und noch ansetzen werden. Wir tragen somit die volle Verantwortung. Ein so grosses Projekt beziehungsweise Haus muss von Anfang an

auch finanziell für Kanton und Stadt tragbar sein. Es müssen klare Vorgaben seitens der Politik bestehen, denn nur so lassen sich konstruktive PPP aufbauen. Aktuell sind aber vonseiten des Regierungsrates nur Aussagen zu hören, dass die Betriebskosten noch reduziert und der Anteil der Investitionskosten des Kantons zulasten der Stadt verschoben werden sollen. Auch die Versprechungen von Hubert Achermann in der Zentralschweiz am Sonntag ändern für uns nichts an dieser Ausgangslage. Im Gegenteil, die Versprechung, nun plötzlich doch mehr private Mittel zu generieren, wird als stossende Salamtaktik betrachtet. Eine Mehrheit betrachtet es deshalb als Chance, auf die 80 Millionen Franken zu verzichten, uns so von den engen Fesseln des Trusts zu befreien und somit neue Bedingungen zu schaffen für eine Kulturvielfalt, in der alle Theaterschaffenden ihren Bedürfnissen entsprechend eingebunden sind und somit der Kulturkompromiss weiterhin bestehen und gar ausgebaut werden kann. Diesbezüglich scheint man nun in letzter Sekunde auf gutem Weg zu sein, wie wir aus den Ausführungen von Birgit Auferbeck und Hubert Achermann gehört haben. Doch diese Eintracht ist für eine Mehrheit von uns nicht glaubwürdig und kommt zu spät. Wieso wurden das Luzerner Theater und die freie Szene nicht früher einbezogen? Wurden diese nicht angehört, nicht ernst genommen? Erst als man vonseiten der Stiftung realisierte, dass es ohne diese beiden Partner sehr schwierig sein wird, die Salle Modulable zu realisieren, hat man sich nun zu einer für alle befriedigenden Lösung durchgerungen. Oder wollten sich das Luzerner Theater und die freie Szene zuerst gar nicht für eine Salle Modulable engagieren? So oder so, es bleibt ein schaler Beigeschmack, auch weil das Luzerner Theater weiss, dass bei einer Ablehnung der Salle Modulable das Theater lange, sehr lange oder auch gar nicht auf eine neue Infrastruktur zählen kann, da die finanzielle Lage des Kantons nicht zu Hoffnungen veranlasst, bei einem Scheitern der Salle Modulable jemals zu einer neuen Theaterinfrastruktur zu kommen. Wir stehen ein für ein Theater, welches in Zukunft auf gesunden Beinen stehen kann. Wir wollen die Chance nutzen, einen sinnvollen Standort zu finden, der mehrheitsfähig ist. Doch dieser Prozess braucht Zeit, welche nicht gegeben ist. Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Salle Modulable für eine Mehrheit eine Schuhnummer zu gross, und bei der aktuellen Finanzlage ist ein solch überdimensioniertes Geschäft nicht zu leisten. Das ist leider selbst verschuldet. Es ist schwer erklärbar, zusätzliche 2 Millionen Franken im Budget einzustellen, wenn gleichzeitig im KP17 um Kleinstbeträge gerungen wird, Gelder an den Zweckverband Grosse Kulturbetriebe weiter gekürzt werden oder kantonseigene Gebäude einen Substanzwert im kritischen Bereich aufweisen. Aus den genannten Gründen lehnt eine Mehrheit der Fraktion den Projektierungskredit klar ab und fordert gleichzeitig dazu auf, bei einem allfälligen Scheitern der Salle Modulable unverzüglich einen Plan B mit allen relevanten Anspruchsgruppen anzugehen. Eine Minderheit jedoch will dem Projekt zum jetzigen Zeitpunkt eine Chance geben. Für sie ist es zu früh, jetzt schon den Stecker zu ziehen, denn der Planungskredit bietet die Chance, die dringend notwendigen offenen Fragen zu klären wie auch gelingende Bedingungen zu stellen für ein zukunftsgerichtetes öffentliches Theater, in dem ein neuer Kulturkompromiss glaubwürdig gelebt werden kann. Für sie bietet sich die Chance, über 20 Jahren nach dem KKL nochmals einen grossen kulturellen Wurf mit nationaler und internationaler Ausstrahlung anzugehen und nicht in eine unheilige Allianz mit ohnehin kulturfeindlichen Kreisen und finanzpolitisch motivierten Gegnern zu geraten. Dies die beiden Sichtweisen unserer Fraktion. Wir sind für Eintreten.

Für die Grüne Fraktion spricht Ali R. Celik.

Ali R. Celik: Wir haben es heute mit einem wichtigen und kontroversen Thema zu tun. Wichtig ist es nicht nur für uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier, sondern auch für die Bevölkerung, für Kulturkreise, für den Kanton und für die Stadt. Wir haben es auch mit dem Inseli als einem wichtigen Erholungs- und Begegnungsort zu tun, der von der Bevölkerung intensiv genutzt und sehr geschätzt wird. Wir sind heute herausgefordert, verschiedene Interessen abzuwägen und Entscheidungen zu treffen. Die Grünen legen Wert auf die aktive Förderung des Zugangs aller zu Kunst und Kultur, und wir setzen uns für eine vielfältige und integrierende Kulturförderung der öffentlichen Hand ein. Die Förderung von Kultur und Kunst beziehungsweise Musik und Theater gehört für mich zu einer modernen Gesellschaft. Es ist

für die Grünen darum selbstverständlich, gute Kulturangebote zu fördern und die Infrastruktur auszubauen. Zur Kulturförderung gehören für uns vielfältige Angebote in verschiedenen Kulturbereichen, nämlich nicht nur etablierte Kulturförderung, welche national sowie international für den Standortvorteil und für die Tourismusförderung wichtig ist, sondern auch die alternative Kulturförderung für die im Kanton und in der Region wohnhafte Bevölkerung. Für uns Grüne ist unbestritten, dass das Luzerner Theater eine neue Infrastruktur braucht und das bestehende Gebäude dringend saniert werden muss, sei dies eine Totalsanierung oder ein Neubau am angestammten Ort oder an einem neuen und geeigneten Standort, welcher in die Strategie einer zukünftigen Stadtentwicklung eingebettet ist. Die Realisierung eines neuen Luzerner Theaters oder der Salle Modulable wäre im Grundsatz ein Gewinn für Kanton und Stadt Luzern. Das sehen wir ein. Wir wollen die Idee für ein neues Luzerner Theater / eine Salle Modulable für die Kantons- und Stadtentwicklung weiterverfolgen. Damit meinen wir das in Gang gesetzte, neue Zusammenarbeitsmodell zwischen dem Luzerner Theater, der freien Theater- und Tanzszene, dem Luzerner Sinfonieorchester, dem Lucerne Festival, dem Südpol und dem KKL. Wir wollen diese Idee nicht verhindern. Die zentrale Frage ist, wie und unter welchen Bedingungen. Das mit der Botschaft vorgelegte Projekt wirft für uns mehrere Fragen auf: die zeitlichen Vorgaben und die Vereinbarung zwischen dem Butterfield Trust und der Stiftung Salle Modulable, die Fixierung auf den Standort Inseli, die ungeklärte Finanzierung der Bau- und Betriebskosten, ausserdem die Inhalte des neuen Kulturhauses. Auf viele dieser Fragen gibt es bis heute keine überzeugenden Antworten. Die wichtigste Frage ist für uns, warum der von Kanton, Stadt und Stiftung/Trust priorisierte Standort Inseli als einzige Variante vorgeschlagen wird. Die Initianten bezeichnen den geplanten Standort und das Volumenprogramm als nicht verhandelbar. Dieses Diktat scheint uns falsch und kontraproduktiv. Die Stadt Luzern verfügt im Kern nicht über genügend öffentlich nutzbare Plätze. Der Inselpark wird von der Bevölkerung intensiv genutzt und geschätzt. Er liegt in einem dicht bebauten, von vielen Menschen genutzten Stadtraum. Dass vom Inselpark nur 350 m² verloren gingen, wie in der Botschaft erwähnt, stimmt nicht. Der Carparkplatz wird ausgenommen. Bisher wurde auch nicht transparent kommuniziert, wie viel Nutzungsfläche gesamthaft auf dem Inseli bleibt. Vermutlich wird sich die Nutzungsfläche noch um einiges reduzieren. Das Projekt würde den Inselpark als Treffpunkt aller Gesellschaftsschichten verkleinern und die freie Benutzung einschränken. Die städtische Abstimmung zum Baurechtsvertrag wird zeigen, was die Stadtbevölkerung zum Standort Inseli meint. Falls der Baurechtsvertrag vom städtischen Stimmvolk abgelehnt wird und das Projekt aus diesem Grund nicht realisiert werden kann, wird die Bevölkerung die Leidtragende sein, jene Mehrheit, die für Kultur einsteht, jene Mehrheit, die ein Theater möchte, sich aber dabei nicht erpressen lassen und mit Recht selbst entscheiden will, wo und in welcher Form sie das Theater möchte. Falls dem Projekt zugestimmt wird, sind wir herausgefordert, das Inseli so zu gestalten, dass die ganze Umgebung und der Zugang zum See um das Gebäude herum weiterhin als Erholungs- und Begegnungsort für die Bevölkerung offensteht. Die Investitionskosten für die baulichen Massnahmen des Gesamtprojekts werden auf rund 208 Millionen Franken und die jährlichen Betriebs- und Unterhaltskosten auf 31 Millionen Franken geschätzt. Einen wesentlichen Teil dieser Beträge muss der Kanton bezahlen. Mehrmals wurden Versprechungen zur Reduktion von Bau- und auch Betriebskosten gemacht. Dafür wurden bereits zwei Arbeitsgruppen eingesetzt. Man weiss bis heute nicht, welche Auflagen bestanden, was reduziert werden soll und auf Kosten welcher Inhalte. In diesem Zusammenhang möchte ich auf zwei allfällige Probleme hinweisen. Erstens: Nicht nur ein Vergleich mit dem Schauspiel- und Opernhaus Zürich – ich verzichte hier auf die Einzelheiten –, sondern auch der Unterhalt der aufwendigen technischen Infrastruktur, personelle Aufstockung für Orchester und Musiktheaterchor sowie die Produktion von Musiktheater auf Weltklasseniveau lassen die Vermutung zu, dass 31 Millionen Franken für die jährlichen Betriebs- und Unterhaltskosten nicht reichen werden. Zweitens: Wir Grünen haben mit Investitionen im Kulturbereich keine Mühe, wenn diese für die Gesellschaft nötig und wichtig sind. Wir sind entschieden dafür, dass 1 Prozent der Staatsausgaben der Kultur zugutekommen soll. Wenn man in dieser

Grössenordnung Kultur anbieten möchte, muss man bereit sein, die Kosten zu tragen. Wir kennen aber die Finanzlage des Kantons bestens. Wir wissen auch, was die bürgerliche Politik mit dem KP17 vorhat. Wir wissen aber nicht, ob diese Kulturinvestition wieder auf Kosten des Personals oder der Bildung gemacht werden soll. Ausserdem hat die Regierung bisher kein Konzept vorgelegt, wie sie das Projekt finanzieren möchte. Wir würden dies gerne von der Regierung erfahren. Die Grünen haben die Vor- und Nachteile des präsentierten Projekts am Standort Inseli einander gegenübergestellt. Zu den Vorteilen: Erstens: Luzern braucht eine neue und zeitgemässe Theaterinfrastruktur. Aus kulturpolitischer Perspektive ist das im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Theaterplatzes Luzern in Gang gesetzte, neue Zusammenarbeitsmodell zwischen verschiedenen Kulturbetrieben ein wichtiger Gewinn für die kulturelle Zukunft von Luzern. Zweitens: Luzern würde mit der Salle Modulable vermutlich national und international an Ausstrahlung gewinnen. Drittens: Die Schenkung von 80 Millionen Franken ist ein wichtiger Beitrag, um ein solches Projekt zu realisieren, vor allem in einer Zeit, in der der Kanton selber grosse finanzielle Probleme hat. Wir dürfen aber diesen Betrag nicht überschätzen. Er entspricht den Betriebs- und Unterhaltskosten für zwei Jahre. Zu den Nachteilen: Erstens: Den Standort Inseli sehen wir als Nachteil. Wenn tatsächlich das inhaltliche Angebot durch die neue Theaterinfrastruktur als wichtig erachtet wird, warum wollte man nicht verschiedene, zumindest zwei Standorte vorschlagen? Zweitens: Undemokratische Vorgaben beziehungsweise die Bedingungen werden vom Butterfield Trust diktiert. Der Standort Inseli als einzige Variante, das fixe Volumen des Gebäudes sowie die zeitlich engen Vorgaben verhindern, dass ein demokratischer Prozess zur Entwicklung des Projekts stattfinden kann. Eine Alternativvariante zum Inseli würde vermutlich weniger auf Widerstand stossen. Drittens: Der Zeitpunkt der Beratung im Kantonsrat und der Ablauf des Prozesses wurden von Stadt und vom Kanton ganz schlecht aufeinander abgestimmt. Den definitiven Entscheid zum Baurechtsvertrag treffen die städtischen Stimmberechtigten. Diese Abstimmung bestimmt auch die Ausgangslage für den Kanton. Die Regierung sollte für die Behandlung im Kantonsrat die städtische Abstimmung abwarten können. Dafür ist es jetzt aber zu spät. Die Grüne Fraktion ist daran interessiert, dass das Inseli für die Bevölkerung als Erholungs- und Begegnungsort weiterhin vollständig erhalten bleibt. Deshalb unterstützen wir das bestehende Projekt in der heute präsentierten Dimension am Standort Inseli nicht. Wir treten auf die Botschaft ein, lehnen das Dekret jedoch grossmehrheitlich ab. Falls das Kantonsparlament den Planungskredit oder die städtische Stimmbewölkerung den Baurechtsvertrag oder den Planungskredit ablehnen, werden wir uns dafür einsetzen, dass die Planung für ein neues Theater unter Einbezug der freien Szene weitergeht.

Für die GLP-Fraktion spricht Markus Baumann.

Markus Baumann: Die GLP tritt auf die Botschaft B 49 ein und unterstützt die Vorlage grossmehrheitlich. Luzern ist eine Musik- und Tourismusstadt, der Kanton Luzern ein Kulturkanton. Die regionale Wertschöpfung und der wirtschaftliche Effekt sind entsprechend hoch und wichtig für den ganzen Kanton. Die GLP steht für ein Theater in Luzern ein. Luzern braucht ein Theater. Die Infrastruktur am Theaterplatz muss in den nächsten zehn Jahren erneuert werden. Das Theater ist aufgrund der schlechten und veralteten Bausubstanz und Infrastruktur nicht geeignet, den Auftrag weiterhin zu erfüllen. Kostenpunkt: 50 bis 80 Millionen Franken. Der geplante Neubau auf dem Inseli kostet Stadt und Kanton nur wenig mehr als eine zwingende Erneuerung am Theaterplatz. Zudem scheinen weitere private Gelder für dieses zukunftsweisende Projekt realistisch. Ohne zusätzliche private Spender geht es nicht. Für ein normales Sanierungsprojekt am Theaterplatz aber stehen diese privaten Gelder in diesem Umfang wohl kaum zur Verfügung. Dann wird uns ein neues Theaterhaus wesentlich mehr kosten als die Salle Modulable auf dem Inseli – falls denn die Mehrheit hier im Kantonsrat in ein paar Jahren überhaupt noch ein dreispartiges, produzierendes Theaterhaus in Luzern mitfinanzieren will. Eine Voraussetzung für einen politischen Erfolg dieses Projekts ist die Reduktion der Betriebskosten durch Synergiegewinne zwischen den Kooperationspartnern und durch Optimierungen auf der Ertragsseite. Die präsentierten Zahlen zu den Betriebskosten liegen wohl eher am unteren

Ende der Bandbreite. Mit dem heutigen Etat von gut 20 Millionen Franken kann das neue Haus natürlich nicht betrieben werden. Im aktuellen Umfeld des Spardrucks sind solche zusätzlichen Mehrkosten und Ausgaben aber schwierig zu begründen und kaum vermittelbar. Das aktuelle Theater respektive das Raumangebot muss verbessert und die Kosten müssen gesenkt werden, um die Quersubventionierung zu reduzieren. Dazu braucht es jetzt den Projektierungskredit, um klare Aussagen über die Kosten und Erträge machen zu können. Die Idee der Salle Modulable ist die Flexibilität. Sie wird auch Möglichkeiten bieten für kleinere Aufführungen, für Musik und Theater. Dies ist bei einer Sanierung am bestehenden Ort kaum möglich. Gleichzeitig ist durch die Kooperation der Kulturbetriebe ein gesundes Gleichgewicht zwischen den Anspruchsgruppen zu erhalten. Freischaffende Künstler müssen sich die Räume auch leisten können. Das Projekt Salle Modulable ist vielschichtig und komplex. Mit dem Planungskredit schaffen wir die Möglichkeit, die offenen Fragen, auch die zu den Betriebskosten, zu beantworten. Der Verteilschlüssel zwischen Kanton und Stadt ist abschliessend festzulegen, um möglichst schnell für alle Partner Klarheit zu schaffen, wer bereit ist, wie viel zu bezahlen. Auf dieser Grundlage kann das Fundraising funktionieren. Es wird funktionieren, wie man der gestrigen Sonntagspresse entnehmen konnte. Zur Transparenz und viel kritisierten Vorgehensweise: Auf den engen Zeitplan gehe ich nicht noch einmal ein, diese Argumente haben wir bereits anlässlich des Antrags zur Abtraktandierung ausgeführt. Die einschränkenden Bedingungen des Trusts sind mit unseren demokratischen Gepflogenheiten schwierig vereinbar. Es ist selbstverständlich, dass es dazu einen regelmässigen, transparenten Informationsfluss hin zur Bevölkerung braucht, um den notwendigen Goodwill zu schaffen, auch im Hinblick auf die hoffentlich folgende Volksabstimmung. Die ganze Vorgeschichte – Trust, Bermuda, Standortfrage – hat meines Erachtens aber wenig Gewicht in der Entscheidungsfindung. Es gibt private Gelder für die Weiterentwicklung des Theaterplatzes Luzern. Die Voraussetzungen sind durch private Institutionen ausgehandelt worden. Nun gilt es zu entscheiden, ob Stadt und Kanton das Geld für eine neue Theaterinfrastruktur unter diesen Bedingungen annehmen oder eben nicht. Für diese Entscheidungsfindung müssen wir in langfristigen Zeiträumen denken, auch wenn dies angesichts der aktuellen Finanzlage schwierig ist. Die dringende Sanierung des Theaters am Theaterplatz werden wir lösen müssen. Mit dem KKL ist Luzern ein grosser Wurf gelungen. Luzern ist in der Lage, etwas Grosses wie die Salle Modulable auf die Beine zu stellen. Die Salle Modulable ist eine Chance für das Lucerne Festival und das Luzerner Theater, aber vor allem eine Chance für Luzern, eine Chance, den Kulturstandort nachhaltig weiterzuentwickeln und seine Ausstrahlung in die Welt zu stärken. Die GLP lehnt den Antrag der vorberatenden Kommission und den Antrag der SVP ab. Die GLP stimmt der vorliegenden Botschaft B 49 und somit dem Projektierungskredit wie auch dem Gründungskapital der Stiftung Neues Theater Luzern zu, um der Bevölkerung und der Politik eine fundierte Entscheidungsgrundlage zu ermöglichen für die kantonale Volksabstimmung im Mai 2019.

Adrian Bühler: Ich äussere mich im Namen der kritischen CVP-Minderheit zur Salle Modulable. Bei der Salle Modulable handelt es sich nicht um das Ergebnis aus einem konzeptionellen Prozess, sondern um die visionäre Idee eines Mäzens. Die Idee stand am Anfang des Prozesses, erst danach wurde alles rund um die Idee aufgebaut. Das merkt man. Ich bin überzeugt davon, dass die Salle Modulable dem Lucerne Festival die Möglichkeit bietet, sich weiterzuentwickeln. Ich habe aber Zweifel, und leider fehlt mir auch der Glaube, dass die Salle Modulable zur neuen Heimat des Luzerner Theaters werden kann. Das Raumprogramm ist zu gross und nicht auf die Bedürfnisse eines produzierenden Theaters ausgerichtet. Für eine Minderheit der CVP-Fraktion ist es nicht klar, in welchem Markt sich das neue Haus etablieren will. Die Zielgruppe und das zukünftige Potenzial bleiben unklar, bisher sind keine Überlegungen dazu gemacht worden. Die Projektierungs- und die Investitionskosten sollten auch dank der grosszügigen Unterstützung durch private Geldgeber kein Problem darstellen. Die Betriebskosten bereiten aber mehr Kopfzerbrechen. Die öffentliche Hand gibt für das heutige Luzerner Theater 21 Millionen Franken aus. Die Salle Modulable hat einen Finanzierungsbedarf von brutto 35 Millionen Franken und netto 31

Millionen Franken pro Jahr. Die Salle Modulable kostet also im Betrieb und im Unterhalt deutlich mehr als das Luzerner Theater. Das Projekt hat alle Anlagen dazu, noch viel teurer zu stehen zu kommen. Gerade in der heutigen Zeit handelt es sich dabei um eine finanzpolitische Herausforderung. Wir haben den Eigenbetreuungsabzug abgeschafft, Oberstufenkreise zusammengelegt, streichen Beiträge an Musikschulen, lassen die Staatsangestellten eine Stunde länger arbeiten, streichen Beiträge bei Familien und Behinderten und diskutieren über eine Steuererhöhung, um ein ausgeglichenes Budget zu erzielen und der nachkommenden Generation keine Schulden zu hinterlassen. Gleichzeitig sind wir aber bereit, bedeutend mehr Geld für den Betrieb eines Theaters auszugeben. Damit tue ich mich sehr schwer, ich kann das mit meinem Gewissen nicht vereinbaren. Es geht aber auch um eine demokratiepolitische Überlegung. Unsere Demokratie lebt von der Diskussion und vom Kompromiss, unser System lebt davon, die Beteiligten mit einzubeziehen. Ab und zu muss man einen Umweg machen, ob einem das passt oder nicht. Es gibt Regeln und Abläufe, bei der Salle Modulable scheint das nicht der Fall zu sein. Das Raumprogramm, der Standort und der Zeitablauf sind von einem externen Geldgeber vorgegeben und nicht verhandelbar. Solche Vorgaben tragen zu Recht den politischen Misserfolg in sich.

Franz Wüest: Ich möchte, dass dieses Projekt realisiert werden kann, denn ich würde es der Stadt Luzern und dem Kanton Luzern gönnen. Der beantragte Kredit ist notwendig. Das prominent und schön gelegene Luzerner Theater ist in die Jahre gekommen. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis uns die Kosten für eine Sanierung oder einen Neubau ins Haus stehen. Diese Ausgaben müssen wir möglicherweise selber übernehmen. Selbstverständlich dürfen wir nicht einfach salopp über die Kosten der Salle Modulable entscheiden. Es ist aber jemand bereit, einen grossen Beitrag freizustellen, damit in Luzern etwas Grosses realisiert werden kann. Zugegeben, auch Geschenke darf man kritisch betrachten. Gerade darum spreche ich mich für den Kredit aus, damit wir sowohl im kulturellen wie auch im wirtschaftlichen Bereich abklären können, ob das Projekt die richtige Prägung hat. Um eine Vision wahr werden zu lassen, braucht es diesen Planungskredit. Nur so ist es uns möglich, auf den kulturellen und wirtschaftlichen Betrieb Einfluss zu nehmen. Deshalb stimme ich dem Kredit zu.

Reto Frank: Die Tourismusstadt Luzern hat eine internationale Ausstrahlung. Die Salle Modulable ist für Luzern, trotz grosser Hürden, eine riesige Chance. Um das Projekt Salle Modulable in allen Facetten beurteilen zu können, sollte die Planung zumindest noch fertiggestellt werden. Der Planungskredit erhält durch die Stadt und private Personen starke Unterstützung. Die Projektplanung ist nicht nur eine Chance, sich ausführliche Gedanken über das für Luzern wichtige Projekt zu machen, sondern für eine abschliessende, seriöse Beurteilung gar unerlässlich. So können beispielsweise Einsparungen bei den Betriebskosten oder beim Projekt selber nur gesucht und gefunden werden, wenn eine Projektplanung ausgeführt und vollendet werden kann. Aus meiner Sicht sollte man sich von der Vorgeschichte und den vermeintlich grossen Hürden nicht zu stark beeinflussen lassen, sondern man sollte der Bevölkerung die Chance geben, 2019 gut informiert und in Kenntnis aller Parameter über die Salle Modulable abstimmen zu können. Deshalb sollte dem Sonderkredit und dem Gründungskapital zugestimmt werden.

Christine Kaufmann-Wolf: Einer Beilage der „Schweizer Illustrierten“ war vor Kurzem zu entnehmen, dass sich VIP aus der ganzen Welt im KKL Luzern getroffen haben. Die ganze Schweiz schaut deshalb auf Luzern. Es hat aber innovative, engagierte, weitblickende Persönlichkeiten gebraucht, damit das KKL vor 20 Jahren überhaupt realisiert werden konnte. Die umliegenden Kantone beneiden uns dafür. Heute befinden wir uns in einer ähnlichen Situation. Es liegt wieder ein Projekt vor, das von Privaten angestossen wird. Riesige Geldbeträge werden gesammelt und gespendet, damit Luzern weiterhin national und international einen Spitzenplatz halten kann. Seitens der Politik wäre nun eine Anerkennung fällig. Die Salle Modulable stösst sowohl auf Begeisterung wie auch auf totale Ablehnung. Fakt ist, dass wir heute nicht über das Projekt befinden, sondern über das weitere Vorgehen. Es geht darum, offene Fragen, wie beispielsweise die Betriebskosten, zu klären. In der

heutigen, angespannten finanziellen Situation des Kantons stellt ein solches Projekt in gewissen Kreisen eine totale Provokation dar. Das ist verständlich und nachvollziehbar. Wir wissen aber alle, dass clevere Investitionen einen Mehrwert und eine zukünftige Wertschöpfung generieren. Ein Nein zum Projektierungskredit bedeutet auch ein Nein zur Innovation und einem kulturellen Spitzenplatz. Es kann sogar den ersten Schritt zur Abwanderung des Lucerne Festivals bedeuten. In meiner achtjährigen Tätigkeit als Einwohnerrätin der Gemeinde Kriens habe ich gelernt, dass seriöse Entscheidungen auf klaren Fakten basieren müssen. Geben wir dem Projektierungskredit eine Chance, damit später alle Stimmberechtigten demokratisch über die Salle Modulable befinden können.

Giorgio Pardini: Die Salle Modulable wird immer mit dem KKL verglichen, einem Projekt, das auch auf Public Private Partnership (PPP) fusst. PPP regelt die Zusammenarbeit zwischen der Öffentlichkeit und privaten Investoren. Der Investor ist für die Wirtschaftlichkeit zuständig, und der Staat ist dafür verantwortlich, dass die demokratischen Prinzipien und das Gemeinwohl eingehalten werden. Das Ziel von PPP-Projekten ist es, den staatlichen Haushalt zu entlasten. Beim Projekt KKL fand ein demokratischer Prozess statt, es hat kein Veto zur Vorgehensweise oder zum Standort gegeben. Bei der Salle Modulable scheint dies nicht der Fall zu sein. Auch wenn sich der Kanton in einer finanziell angespannten Lage befindet, wäre es falsch, das Geschenk von 80 Millionen Franken ohne die notwendigen demokratischen Entscheidungen anzunehmen. Solche undemokratischen Entscheide kommen im Osten vor. Luzern ist eine kleine Stadt, und wir haben die Verantwortung, Mass zu halten. Ein Neubau des Theaters muss dem politischen Willen der Luzerner Bevölkerung entsprechen und nicht dem Willen von Auswärtigen, die über Standort und Grösse bestimmen wollen. Wenn es ein PPP-Projekt werden soll, müssen auch die demokratischen Spielregeln eingehalten werden. Der vorliegende Projektierungskredit ist abzulehnen.

Erich Leuenberger: Wir haben bereits viele Argumente für und gegen die Salle Modulable gehört. Hätte sich der Regierungsrat in den letzten Jahren nicht für dieses Schenkungsversprechen eingesetzt, hätte es wohl von unserem Rat und der Bevölkerung nur so von Kritik gehagelt. Nun liegen noch etwa 80 Millionen Franken auf einem silbernen Tablett bereit. Es wäre falsch, zum jetzigen Zeitpunkt ein solch visionäres Projekt ohne vertiefte Planung in die Versenkung zu schicken. Eine solide Planung sollte uns die notwendigen Entscheidungsgrundlagen liefern können. Deshalb empfehle ich, dem Planungskredit zuzustimmen.

Stefan Roth: Die Theaterlandschaft verändert sich, inhaltlich wird heute etwas anderes aufgeführt als vor 100 oder vor 20 Jahren. Die Theatergewohnheiten des Publikums haben sich geändert, und sie werden sich weiter verändern. Deshalb benötigen wir eine veränderbare Musik-/Theaterinfrastruktur. Luzern erhält die einmalige kulturelle Chance, bezüglich Infrastruktur und Inhalt einen Quantensprung zu machen. Was strahlt in Zukunft Vergleichbares wie das KKL aus? Wo wäre Luzern ohne das KKL heute? Luzern erhält eine Spende von 80 Millionen Franken und weitere 35 Millionen Franken von Privaten für eine neue Theaterinfrastruktur. Deshalb wäre es nur anständig, das Projekt zumindest zu prüfen. Jede Form von theatralischer Aufführung, ob für ein grosses Publikum oder für einen ausgesuchten Zirkel, soll im neuen Theatergebäude Platz finden. Die Vielfalt mit Musiktheater, Tanz und Schauspiel macht die Stärke aus. Es haben Produktionen des eigenen Ensembles Platz, aber auch Gastspiele und Kreationen der freien Szene. Die Theaterlandschaft Luzern ist lebendig. Mit einem neuen Theaterbau erlauben wir diesen kreativen Kräften, sich weiterhin innovativ zu verändern. Aktuell ist ein eigentlicher gemeinsamer Aufbruch sämtlicher Kulturschaffender spürbar. Damit dieser Aufbruch gelingt, braucht es einen Kristallisationspunkt, der neue Theaterinfrastruktur heisst. Es gibt architektonische Skizzen, exakte Vorstellungen über das Raumprogramm, und der ideale Standort ist evaluiert worden, nicht vom Trust, sondern vom Zweckverband. Es ist aber noch nicht alles restlos geklärt. Wie teilen sich die verschiedenen Nutzer das Gebäude? Wie können Abläufe vereinfacht werden, um die Betriebskosten im Griff zu halten? Wie kann ein solcher Bau am See entstehen? Ich erinnere daran: Als man mit der Planung des Ersatzes für das Kunsthaus begonnen hatte, gab es viele Stimmen, die einen so grossen Bau so nah

am Wasser für unmöglich hielten. Diese Stimmen sind verstummt, da sich die Bedenken als unbegründet erwiesen haben. Es ist politisch nicht nachvollziehbar, die offenen Fragen nicht seriös beantworten zu wollen. Dazu braucht es aber den Planungskredit. Jetzt ist es an der Zeit, dass der Kanton zusammen mit der Stadt den Lead übernimmt. Die öffentliche Hand muss jetzt einsteigen, um die Salle Modulable zu einem erfolgreichen PPP-Projekt zu führen. Andere Städte beneiden uns um diese Ausgangslage. Wie erklären Sie es der Wirtschaft und dem Tourismus, wenn wir nicht alles daran setzen, dieses zukunftssträchtige Projekt durchzuführen?

Franz Räber: Wer kann sich heute die Stadt und den Kanton Luzern ohne KKL vorstellen? Giorgio Pardini hat erklärt, dass es sich beim KKL um ein gelungenes Projekt handelt. Ich zitiere aus der „Neuen Zürcher Zeitung“ aus dem Jahr 2004: „Der lange Weg von der ersten Idee bis 1998 zur Teil-, dann 2000 zur vollständigen Eröffnung des Hauses, das schliesslich 230 statt 180 Millionen Franken kostete, ist reich an Disputen, Vorschlägen, politischen Hürden und Umwegen, aber auch an guten Entscheidungen und konsequent handelnden Visionären.“ Ich glaube kaum, dass ein so grosses Projekt, wie es damals das KKL gewesen ist, ein sogenanntes Leuchtturmprojekt, ohne Wirren vonstattenging. Dasselbe gilt für die Salle Modulable. Es handelt sich um ein visionäres Leuchtturmprojekt, das Wirren und Diskussionen braucht. Ich glaube kaum, dass jemand schuld sein will, wenn wir die Salle Modulable bereits heute verabschieden. Dieses Projekt kann einen visionären Charakter erlangen, nicht heute oder morgen, aber in 10 oder 20 Jahren. Wenn wir aufgrund der angespannten Finanzlage einen solchen Entscheid nicht fällen, können wir auch in zehn Jahren keine solchen Entscheide mehr fällen. Bis dann wird die Luzerner Theaterkultur tot sein. Das alte Luzerner Theater wird bis dann nicht überleben können, ohne dass grosse Investitionen getätigt werden müssen. Deshalb soll dem vorliegenden Planungskredit zugestimmt werden.

Daniel Wettstein: Wie die EBKK-Präsidentin Helene Meyer-Jenni zolle ich den vielen Involvierten meinen Respekt für ihr Engagement. Ich lehne aber den Sonderkredit zusammen mit einer knappen Minderheit der FDP-Fraktion ab. Das vorliegende Projekt ist komplex und erfordert einen strategischen Entscheid. Wir alle neigen dazu, schwierige Entscheide mit weiteren Detailabklärungen hinauszuschieben. Bringen uns weitere Abklärungen mehr Informationen für den Grundsatzentscheid? Zweifellos, aber sie ändern das vorliegende Projekt nicht in seinen Grundfesten. Die Rahmenbedingungen können sich nicht entscheidend verändern, Ort, Grösse, Inhalt, Betrieb usw. sind mehr oder weniger gegeben. Ich würde gerne ein längeres Referat dazu halten, so wie uns die vielen Befürworter mit Briefen versorgt haben. Ich wiederhole aber die ablehnenden Argumente nicht nochmals, da sie bekannt sind. Da ich höchstwahrscheinlich auch nach einer weiteren Planungsrunde Nein zum Projekt sagen werde, lehne ich die Botschaft B 49 ab. Ich bitte deshalb alle, die dem Projekt auch morgen nicht zustimmen werden, um Ehrlichkeit sich und der Öffentlichkeit gegenüber. Es sollten nicht weitere Steuergelder ausgegeben werden, nur um weitere unnötige Details für einen Grundsatzentscheid zu erhalten.

Rosy Schmid-Ambauen: Das Schöne an dieser Debatte ist, dass alle Luzerner weiterbringen wollen, die Frage ist aber, wie. In meinen Augen kann man diesem Projekt nicht zustimmen. Die Kulturszene in Luzern wird sich auch ohne die Salle Modulable weiterentwickeln. Der Projektierungskredit kann ja kaum über Sein oder Nichtsein der Kulturszene Luzern entscheiden. Die Rahmenbedingen des Kantons verlangen zurzeit, dass konsequent Nötiges von Wünschbarem unterschieden wird. Dafür spricht auch das gerade behandelte Traktandum über eine Lockerung der Schuldenbremse. Ich hätte es sehr begrüsst, wenn die ursprünglich gesprochenen Gelder des Spenders für die Projektierung und den Bau hätten verwendet werden können. So würde sich die Ausgangslage ganz anders präsentieren. Die Arup-Studie lässt aber wenig Flexibilität zu. Das Luzerner Theater hat sich anfänglich dahingehend geäussert, dass ein Arbeiten unter diesen Rahmenbedingungen nicht möglich sei. Nun soll es doch gehen, es ist aber offen zu welchen Bedingungen und mit welchen Konsequenzen. Es wurde viel vom KKL gesprochen. Beim Bau des KKL wurden die politischen Prozesse berücksichtigt. Bei der Salle Modulable muss

aber sofort entschieden werden, ein Aufschub ist nicht möglich. Ein Nein zum Projektierungskredit bedeutet aber nicht ein Nein zur Kultur in Luzern oder zu einer ausgewogenen Kulturförderung.

Patrick Hauser: Ich möchte insbesondere darauf hinweisen, dass es sich bei der Salle Modulable auch um ein Projekt von beträchtlicher touristischer Bedeutung handelt. Die Salle Modulable wäre für unsere Gäste in Zukunft eine Ergänzung zum KKL, zur Messe und zum Verkehrshaus. Darum sollten wir den Initianten die Gelegenheit geben, die unzähligen offenen Fragen zu beantworten. Unser Rat sollte das Projekt nicht schon als erstes politisches Gremium abweisen. Der Grosse Stadtrat von Luzern und die Stimmbevölkerung sollten Gelegenheit zu ihrer Meinungsäusserung erhalten. So sieht ein demokratisches Vorgehen aus. Das Dekret steht unter dem Vorbehalt, dass die Stadt Luzern den erforderlichen Beschlüssen für die Projektierung des Neuen Theaters Luzern / der Salle Modulable am Standort Inseli zustimmt. Wir sollten keine Verhinderer sein und der Botschaft B 49 zustimmen.

Josef Wyss: Ich bin kein überzeugter Verfechter der Salle Modulable. Wir haben ein Geschenk von 80 Millionen Franken erhalten. Dieses Geschenk ist jedoch an strikte Bedingungen gekoppelt. Unter Berücksichtigung dieser Bedingungen entstand ein Projekt in der Höhe von 208 Millionen Franken. Der Kanton und die Stadt Luzern müssen dazu einen beachtlichen Beitrag von 93 Millionen Franken leisten. Für die zukünftigen Betriebskosten wird jährlich mit rund 31 Millionen Franken gerechnet. Als Alternative zur Salle Modulable müsste das bestehende Luzerner Theater saniert werden. Für diese Sanierung ist mit geschätzten Kosten von 40 bis 80 Millionen Franken zu rechnen. Wie sich die zukünftigen Betriebskosten in einem sanierten Luzerner Theater gestalten würden, ist offen. Sämtliche genannte Zahlen basieren auf Schätzungen und Annahmen. Wie jedoch soll ein seriöser Entscheid ohne fundierte und verlässliche Zahlen gefällt werden? Der Stimmbürger hat uns in dieses Parlament gewählt, um das Beste für den Kanton Luzern und seine Bürger zu bewirken. Im Fall der Salle Modulable können wir das Beste erst abschätzen, wenn durch den geforderten Projektierungskredit die fehlenden Zahlen, Daten und Fakten geliefert werden können. Parallel dazu braucht es auch verlässliche Angaben zur Sanierung des Luzerner Theaters. Nur so werden wir überhaupt in der Lage sein, unseren Volksauftrag zu erfüllen und eine Entscheidung zum Wohl des Kantons und seiner Bürger zu fällen. Aus diesen rationalen Gründen stimme ich dem Projektierungskredit zu.

Thomas Grüter: Persönlich bin ich überzeugt davon, dass die Salle Modulable eine grosse Chance für unseren Kanton, die Region, den Tourismus und die Wirtschaft darstellt. Deshalb sollte das Projekt Unterstützung durch den Kanton erhalten. Vier Argumente sprechen für die Salle Modulable. Erstens: Die Salle Modulable ist ein Leuchtturmprojekt, welches für die Stadt, den Tourismus und die Region von grosser Bedeutung ist. Die Kulturstadt Luzern würde eine weitere Institution erhalten, welche den Namen Luzern in alle Welt hinaustragen und für eine höhere Wertschöpfung sorgen würde. Zweitens: Mit dem hohen finanziellen Engagement des Butterfield Trusts und privater Sponsoren unterscheidet sich für mich die Salle Modulable klar von anderen grossen Projekten, an denen zur Hauptsache der Kanton finanziell beteiligt ist. Auch deshalb ist es für mich unabdingbar, dem Planungskredit zuzustimmen um damit den Luzernerinnen und Luzernern eine mögliche Stellungnahme zu Standort und Baurechtsvertrag nicht vorzuenthalten. Das wäre für mich eine Aushebelung des politischen Prozesses. Drittens: Nachdem vor allem die prognostizierten Betriebskosten zu grossen Diskussionen Anlass gegeben haben, bin ich überzeugt, dass bei der Stiftung ein grosses Augenmerk darauf gelegt wird. Der Zusammenschluss und das gemeinsame Auftreten von Theater und Kulturinstitutionen auf dem Platz Luzern führt in die richtige Richtung. Viertens: Die kritischen Stimmen nennen immer wieder die vielen offenen Fragen. Es ist jetzt aber nicht der Moment, um über Details des Theaterbetriebs zu diskutieren. Gerade deshalb soll der Planungskredit die Zustimmung des Kantonsrates erhalten, um diese Fragen zu klären. Wir erhalten noch einmal die Möglichkeit, darüber zu befinden, und wenn nötig die Reissleine zu betätigen. Ich bemühe mich sehr, die Wirkung dieses Entscheids auch in einer finanziell schwierigen Situation

objektiv zu beurteilen. Das Paket Salle Modulable wäre jetzt zu haben. Kultur gehört zu einer modernen Gesellschaft, und sie muss sich langfristig weiterentwickeln können. Diese Chance mit einer grossen Wirkung wird nicht einfach in ein paar Jahren wiederkehren. Deshalb sollte dem Planungskredit zugestimmt werden.

Hans Stutz: Es wurden bereits viele Argumente für eine Ablehnung des Kredits vorgetragen. Ich möchte aber auf einen weiteren Aspekt hinweisen. Das Geld kommt von den Bahamas. Wie ist das Geld aber auf die Bahamas gelangt? Durch kunstvoll arrangierte Steueroptimierungen. Einige nannten das aber bereits vor 20 Jahren Steuerhinterziehung. Zwar ist das lange her, trotzdem bleibt ein ungutes Gefühl zurück, da der Mäzen nun genau mit solchen Geldern dem Staat Vorgaben macht. Zu diesen Vorgaben gehört der Standort. Der Standort Inseli ist jedoch so sensibel, dass er gar nicht erst in Erwägung gezogen werden dürfte. Bereits beim Bau des KKL ist diese Diskussion heftig geführt worden. Mit dem Standort Inseli hat man dem Projekt Salle Modulable praktisch schon den schwarzen Punkt aufgeklebt.

Räto B. Camenisch: Die Stadt Luzern hat im letzten Jahrhundert drei Grossprojekte verwirklicht, das KKL, den Bahnhof und die Sportanlagen. Niemand fragt heute noch, was diese Projekte damals gekostet haben. Ich war beim Projekt KKL dabei, das war eine unglaubliche Sache. Es gab sogar ein zweites Projekt, weil das erste zu weit in den See hinausragte. Das KKL bringt inzwischen eine Wertschöpfung von etwa 40 Millionen Franken jährlich. Nun stellt sich die Frage, ob wir noch ein viertes Jahrhundertprojekt in Angriff nehmen sollten. Was spricht eigentlich dagegen? Die Hofkirche etwa ist ein sehr grosses Werk, das von einer armen Bevölkerung geschaffen worden ist. Wir müssen uns vom kleinlichen Denken lösen. Zudem muss die Stadt Luzern wissen, ob sie diese Lasten zum grossen Teil tragen will. Deshalb sollten wir die Stadt aufgrund eines sauberen Projekts entscheiden lassen. Danach kann sich unser Rat über das weitere Vorgehen Gedanken machen.

Norbert Schmassmann: Wir sprechen vom Theater – ein Stück von Hamlet heisst „To be or not to be“; heute geht es um die Frage, die Salle Modulable zu versenken oder nicht zu versenken. Die Ratsmitglieder, welche die Salle Modulable versenken wollen, übernehmen eine grosse Verantwortung. Das Projekt zu versenken wäre unfair, politisch falsch, und die Signalwirkung wäre ein Desaster. Ich stimme der Botschaft B 49 mit Überzeugung zu.

Ylfete Fanaj: Kein anderes Geschäft hat bei mir solche Stimmungsschwankungen ausgelöst wie die Salle Modulable: Zuerst war ich unsicher, dann war ich dafür, danach wieder dagegen, um mich doch wieder dafür zu entscheiden. Wir haben an der SP-Fraktionssitzung den Vertretern der Stiftung einen alternativen Finanzierungsvorschlag unterbreitet. Wir haben vorgeschlagen, dass die Stiftung das finanzielle Risiko übernehmen und ein mehrheitsfähiges Projekt präsentieren solle. Falls dieses Projekt die Volksabstimmung gewinnen sollte, würde der Kanton die Projektierungskosten im Nachhinein übernehmen. Die Vertreter haben erklärt, das sei nicht möglich, der Trust akzeptiere ein solches Vorgehen nicht, weil es sich ja um ein PPP-Projekt handle. Über das Wochenende sind weitere Fakten bekannt geworden. Der Botschaft zum KP17 ist zu entnehmen, dass beim Zweckverband Grosse Kulturbetriebe 1,2 Millionen Franken gestrichen werden. Gestern wurde im Interview mit Hubert Achermann bekannt, dass zusätzlich 2 Millionen Franken von Privaten aufgebracht worden seien, um damit den Kanton zu entlasten. Was gilt jetzt eigentlich? Es liegen zwar viele Fakten vor, aber vieles ist nach wie vor unklar. Ich anerkenne das Engagement der interessierten Kreise, aber ich weiss nicht mehr, was ich glauben soll. Für mich hat das mit Glaubwürdigkeit und der Art der Kommunikation zu tun. Heute sage ich deshalb Nein zur Salle Modulable. Wer Nein sagt, ist kein Verhinderer, sondern sagt Ja zu einer neuen Theaterinfrastruktur, einem gleichwertigen Einbezug aller Kulturpartner und zu einer realistischen Sichtweise.

Lisa Zanolla: Wir haben eine Schenkung erhalten, und aufgrund dieser Schenkung diskutieren wir über dieses Monsterprojekt. Wir entscheiden heute nicht über den Bau, sondern über den Projektierungskredit. Ich kann nicht verstehen, wie wir in einer für den Kanton finanziell so schwierigen Zeit einen Projektierungskredit von 7 Millionen Franken

sprechen können. Die Salle Modulable wäre zweifellos ein Label für die Stadt und den Kanton. Die Betriebskosten sollten aber nicht unterschätzt werden. Ich lehne den Projektierungskredit ab.

Andreas Moser: Wir alle im Saal sind heute gefordert, ein klares Zeichen zu setzen, eine Entscheidung zu treffen, die Verantwortung zu übernehmen und eine persönliche Güterabwägung zwischen Chancen und Risiken vorzunehmen. Ich fordere alle auf, diesen Entscheid mit Bedacht und Weitsicht zu fällen. Es wurde viel über die Finanzen gesprochen und ob sich der Kanton die Salle Modulable leisten könne. Eine Gegenfrage: Kann es sich der Kanton Luzern leisten, eine Schenkung von 115 Millionen Franken zum Voraus einfach zu verschmähen, ohne die entscheidenden Fragen zum Städtebau und zur Architektur, zum Betriebskonzept und zu den Betriebskosten, zur Zusammenarbeit unter den Kulturpartnern und zur Wirtschaftlichkeit ernsthaft und vertieft zu prüfen und zu projektieren, ohne die relevanten Antworten dazu in den in den nächsten zwei Jahren zu finden, um die Gelingensbedingungen für eine Volksabstimmung zu schaffen? Können wir es uns leisten, heute Nein zum Projektierungskredit zu sagen und damit der Luzerner Bevölkerung das demokratische Recht nehmen, selber zu entscheiden, ob sie das Projekt Neues Theater Luzern / Salle Modulable als Standortgemeinde will oder nicht? Wir sollten der Stadtbevölkerung die Möglichkeit nicht nehmen, ihre eigene Entscheidung treffen zu können. Wir sollten mutig für den Kulturstandort Luzern eintreten. Wir sollten den Luzernerinnen und Luzernern die einmalige Chance nicht nehmen, ihre Stadt als Kulturstadt weiterzuentwickeln gemäss der Luzerner Tradition, ein neues gemeinsames Projekt zwischen der öffentlichen Hand und Privaten zu ermöglichen. Deshalb sollten wir dem Projektierungskredit zustimmen.

Christine Kaufmann-Wolf: Wenn wir heute Nein zum Projektierungskredit sagen, ändert es nichts an der Tatsache, dass das Luzerner Theater dringend saniert werden muss. Wir verzichten auf sehr viel Geld, um später doch einen Projektierungskredit für eine Sanierung sprechen zu müssen. Eine Entwicklung im Theaterbereich findet damit aber nicht statt. Wie wollen wir es begründen, wenn wir dem städtischen Parlament und der Luzerner Stimmbevölkerung die Möglichkeit nehmen, selber über die Salle Modulable zu entscheiden? Das ist für mich zumindest keine Demokratie.

Marcel Omlin: Ich bin dem Projekt gegenüber lange kritisch eingestellt gewesen. Anlässlich der PFK-Sitzung hatten wir einen Mitbericht, danach sah ich das Ganze noch kritischer, denn die von uns gestellten Fragen wurden nicht beantwortet. An der SVP-Fraktionssitzung konnte Hubert Achermann unsere gestellten Fragen einigermaßen beantworten. Heute sprechen wir über Kosten von 208 Millionen Franken, schlussendlich kann es sich gut und gerne um 250 Millionen Franken handeln. Das Luzerner Theater kann aber nicht mehr saniert werden, hier wäre jeder eingesetzte Franken eine Verschwendung. Der Demokratieprozess wird in der Tat etwas umgangen. Wozu benötigt man aber einen Planungskredit? Es geht darum, Fragen zu den Betriebskosten, über allfällige Cateringkonzepte sowie modulare Konzepte und Verwendungskonzepte zu klären. Wird der Projektierungskredit abgelehnt, können diese Fragen nicht geklärt werden. Ich erinnere an den Tiefbahnhof, hier hat der Rat 20 Millionen Franken für ein Projekt gesprochen, das kaum realisiert werden wird. Bei der Salle Modulable sieht es anders aus, da auch private Investoren involviert sind. Es wäre eigentlich angebracht, sich für diese Schenkung zu bedanken. Die Salle Modulable würde dem Tourismus in Luzern Auftrieb verleihen. Die Luzerner werden von den Zürchern oft etwas belächelt. Zürich hat aber bis heute weder ein Stadion noch ein KKL. Wir haben nun die einmalige Chance, ein viertes Jahrhundertprojekt zu realisieren, diese sollten wir nutzen und dem Projektierungskredit zustimmen.

Priska Wismer-Felder: Es wurde die Frage gestellt, ob sich der Kanton überhaupt ein viertes solches Jahrhundertprojekt leisten könne. Ich denke nicht, dass sich der Kanton ein solches Projekt leisten kann. Ich verweise auf das KP17 und die Kantonsbeiträge an die Musikschulen. Die Musikschulen stellen für mich den Kern der Kultur dar, dort beginnt sie. Ich kann es nicht nachvollziehen, wenn der Kanton 7 Millionen Franken für einen Planungskredit spricht und danach jährlich zusätzlich 7 Millionen Franken für Kultur auf sehr hohem Niveau ausgibt und im Gegenzug jährlich 1,8 Millionen Franken bei den

Musikschulen einsparen will. Ich fordere deshalb alle im Rat auf, sich ebenfalls für diese 1,8 Millionen Franken einzusetzen, die den Musikschulen genommen werden sollen. Ich gehe noch weiter und fordere die Mäzene auf, auch in die Musikschulen zu investieren. In den Musikschulen entsteht das, was wir später alle gerne in einem Theater oder einem Konzert sehen und hören. Ich lehne den Projektierungskredit ab.

Guido Müller: Der Kanton Luzern hat das Glück, mit dem KKL eine Erfolgsgeschichte schreiben zu können. Zustande gekommen ist das KKL aber auch dank eines Tricks, es wurde damals eine Botschaft über 24,5 Millionen Franken ausgearbeitet, um eine Volksabstimmung umgehen zu können. Die Abrechnung war dann aber doch etwas teurer. Nun geht es aber darum, ein zukunftsweisendes Projekt und seine Chancen und Risiken aus der heutigen Situation heraus zu beurteilen. Der Kanton Aargau lässt verlauten, dass er seinen Beitrag von 700'000 Franken in den Kulturlastenausgleich nicht mehr leisten wolle. Der Regierungsrat wollte noch vor einem halben Jahr in die Kultur investieren, mittlerweile sollen gemäss KP17 die geplanten 1,2 Millionen Franken gestrichen werden. Diese Komponenten werden einen grossen Einfluss auf die Zukunft eines solchen Projekts wie die Salle Modulable ausüben. Kann der Kanton Luzern tatsächlich ein so grosses Projekt stemmen und diese Kosten, die nachweislich noch steigen werden, auf sich nehmen? Hat der Kanton noch genügend Geld, um den Unterhalt und den Betrieb einer Salle Modulable mitzufinanzieren? Diese Fragen sollte man sich auch stellen.

Daniel Piazza: In der Politik sagt man, Regieren bedeutet Vorausschauen. Wir stehen heute an einem Punkt, an dem wir gut beraten sind, vorzuschauen. Ich bin mir bewusst, dass es in guten Zeiten einfacher ist vorzuschauen als in schlechten. Aktuell steht der Kanton Luzern finanzpolitisch in schlechten Zeiten. Aus meiner Sicht ist es nie der falsche Zeitpunkt für die Weiterentwicklung unseres Kantons und seiner Tourismuswirtschaft mit all den zugewandten Branchen. Wir sollten antizyklisch handeln und daran glauben, dass die Projektverantwortlichen erstens noch mehr Geld aus privaten Kreisen sammeln können, zweitens durch gezielte Weiterentwicklungen des Projekts weitere Gruppen für diese Vision überzeugen können und drittens ein besseres Betriebskostenkonzept erarbeiten werden. Das Projekt darf sich ruhig weiterentwickeln und breitere Kreise, wie etwa Familien, ansprechen. Heute geht es um die Projektierung und darum, dass die notwendigen Abklärungen getroffen werden können. Deshalb soll dem Projektierungskredit zugestimmt werden.

David Roth: Durch dieses Projekt ist eine neue Dynamik entstanden, dank der alle Akteure des Theaterplatzes Luzern zusammenarbeiten. Darauf kann aufgebaut werden. Ich habe persönlich die Haltung vertreten, dass ich ein mehrheitsfähiges Projekt Salle Modulable unterstützen werde. Ich werde aber kein Projekt unterstützen, das die Theaterinfrastruktur in ein Bermuda-Dreieck führt. Die Klippen sind zahlreich, die Wahrscheinlichkeit zu scheitern, ist sehr gross. Die Standortfrage beschäftigt die gesamte Luzerner Bevölkerung. Niemand will die Salle Modulable auf dem Inseli. Das Projekt scheitert auch an den Trust-Bedingungen, weil diese nicht bekannt sind. Das Projekt wird an einem Memorandum scheitern, das von den Leistungserbringern unterschrieben wurde, zu dem die Finanzierenden aber ihre Meinung nicht geäußert haben. Der Betrieb ist noch nicht genügend abgestimmt, um sowohl dem Trust als auch dem Luzerner Theater zu entsprechen. Das Projekt scheitert am Landschaftsschutz, der sich gegen das Projekt wehrt und sicher ist, dass er recht bekommen wird. Es lohnt sich also nicht, diesen Planungskredit zu sprechen. Wir sollten uns in demokratischen Gefilden bewegen. Mit einem Nein übernehmen wir Verantwortung. Zwar wird die Salle Modulable dadurch versenkt, der Theaterplatz Luzern wird aber gerettet.

Jürg Meyer: Es wäre schade, das Projekt zu beenden, bevor die Bevölkerung der Stadt Luzern Stellung dazu nehmen kann. Die Projektidee stimmt mit der Kantonsstrategie, nämlich der Festigung und der Förderung der Kultur, überein. Eine solche Förderung des Lucerne Festivals und der gleichzeitige Einbezug des produzierenden Theaters ist absolut einzigartig und nur dank der Mitfinanzierung Dritter möglich. Deshalb müssen wir diese Chance nutzen und dem Projektierungskredit zustimmen. Danach kann der Kantonsrat

gestützt auf ein Projekt entscheiden. Mit der Zustimmung zum Planungsprojekt wird auf demokratischem Weg eine neue Trägerschaft gegründet, und ihr wird der Auftrag erteilt, die Projektierung federführend zu übernehmen. Mit einem Ja wird die Stiftung Neues Theater Luzern gegründet. Die künftigen Planungen werden durch diese Stiftung bestellt. Die Stiftung muss verbindliche Zusagen erhalten, damit das Raumkonzept weiterentwickelt werden kann, gestützt auf das bereits erreichte Memorandum. Dafür haben wir auch die Zusage der privaten Geldgeber erhalten. Wir schaffen heute also eine neue Stiftung, in der wir als Kanton massgeblich vertreten sind. Mit einem Ja schaffen wir auch die Möglichkeit, dass die städtebauliche Sicht zur Nutzungsplanungsdiskussion von der Standortgemeinde Luzern selber entschieden werden kann. Die Politik des Kantons soll heute vorausgehen, damit die neue Stiftung die Chance erhält, das einmalige Projekt weiterplanen zu dürfen.

Monique Frey: Es ist mehrfach die Frage gestellt worden, ob wir uns dieses Projekt leisten können. Natürlich können wir das. Es hängt einfach davon ab, welche Sparaufträge wir im Bereich Kultur vergeben. Wir nehmen nicht nur Geld von einem fremden Mäzen an, sondern auch von weiteren Personen, die in dieses Projekt investieren wollen. Das läuft auf ein Mäzenatentum hinaus. Vermögende Personen und Unternehmungen sind nicht mehr bereit, Steuern zu bezahlen, sondern sie wollen nur noch einzelne, ihren Wünschen entsprechende Projekte finanzieren. Diese Tatsache bemängeln wir Grünen, darum wollen wir das Finanzsystem verändern. Es soll wieder in einem demokratischen Prozess entschieden werden, für was das Geld ausgegeben wird. In diesem Fall könnten der Projektierungskredit und die Investitionen in die Salle Modulable oder noch besser in die neue Theaterinfrastruktur problemlos gesprochen werden. Aus Sicht der Grünen ist nicht das Geld das Problem, sondern der fehlende demokratische Prozess. Beim Bau des KKL ist das noch ganz anders vonstattengegangen. Bei der Salle Modulable werden wir bereits beim Zeitplan durch den Geldgeber stark unter Druck gesetzt. Wieso müssen wir heute schon entscheiden, bevor die Stadt es tut? Weil wir sonst den Zeitplan nicht mehr einhalten können bis Ende 2018. Wir benötigen nicht sofort ein neues Theater, sondern der Trust drängt dazu. Das Geld wäre vorhanden, sogar im Kanton Luzern, aber es braucht eine demokratische Entscheidung zur neuen Theaterinfrastruktur.

Ferdinand Zehnder: Der Kanton und die Region sollen im Bereich Kulturtourismus attraktiv bleiben und sich sogar noch steigern. Die momentane Wertschöpfung aus dem Tourismus im Kanton Luzern beträgt 1 Milliarde Franken. Jedes touristische Angebot trägt dazu bei. Es ist ein Ziel, den Aufenthalt der Gäste in der Region zu verlängern. Diese Gründe sprechen für den Projektierungskredit.

Michèle Graber: Luzern ist eine Kultur- und Tourismusstadt. Die Kultur ist ein wichtiges Bindeglied, aber auch ein Spiegel unserer Gesellschaft. Ausserdem erhöht das vielfältige und qualitativ hochstehende Kulturangebot von Luzern die Wertschöpfung der Stadt und auch der Region. Das jetzige Theatergebäude ist in einem bedenklichen Zustand und muss ohne erneute Renovation über kurz oder lang geschlossen werden. Die Kosten für die Renovation oder einen Neubau werden in einem hohen zweistelligen Millionenbereich liegen. Mit der Salle Modulable könnte man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Die GLP-Fraktion spricht sich grossmehrheitlich für den Projektierungskredit aus. Mit der Zustimmung zum Planungskredit können viele offene Fragen geklärt werden. Uns ist es ein grosses Anliegen, dass der Kanton und die Stadt gemeinsam zusammen mit der freien Tanz- und Theaterszene eine konkrete Vorlage ausarbeiten können und so die Möglichkeit erhalten, die erforderlichen Verbesserungen beim Projekt in Angriff zu nehmen. Es geht darum, die Betriebskosten zu überprüfen, weitere Sponsoren zu finden, mehrheitsfähige Betriebskonzepte zu erarbeiten, die Stadt Luzern wie auch den Kanton demokratisch mitentscheiden zu lassen und die Kostenteilung zwischen Stadt und Kanton adäquat festzulegen.

Marcel Omlin: Priska Wismer nimmt in ihrem Votum auf das KP17 Bezug, genauer auf die Musikschulbeiträge. Beim KP17 geht es um die Laufende Rechnung. Bei der Salle Modulable sprechen wir von der Investitionsrechnung. Diese beiden Rechnungen darf man nicht miteinander vergleichen. Ich finde die Aussage von Monique Frey heikel, wonach die

Reichen und Unternehmungen keine Steuern mehr bezahlen wollen. Das ist nicht der Fall. Gegen diese Aussage verwehre ich mich.

Charly Freitag: Was wäre Sidney ohne seine Oper? Was wäre New York ohne die Metropolitan Opera? Was wäre Dresden ohne die Semperoper? Und was wäre Luzern ohne das KKL? Es sind Häuser, in denen Kultur entsteht. Der Kanton Luzern hat die einmalige Chance, dass ein weiteres Haus hinzukommt. Dort, wo solche Häuser stehen, entsteht Kultur, solche Orte werden von Menschen besucht. Eine Privatperson spendet 120 Millionen Franken, um ein Kulturhaus zu realisieren. Das ist nur dem Umstand zu verdanken, dass in Luzern schon die notwendigen Grundlagen vorhanden sind. Wir sollten diese Chance nützen und abklären, wie das Projekt aussehen könnte. Es geht nur um die Projektierungskosten. Es wäre falsch, mit einer Ablehnung die Abstimmung in der Stadt Luzern und die Diskussion im Grossen Stadtrat negativ zu beeinflussen.

Beat Meister: Ich wundere mich darüber, dass sich die Grünen so vehement gegen diesen Projektierungskredit wehren. Gerade die Grünen müssten doch Interesse daran haben, dass möglichst viele Leute im Kulturbereich, also der immateriellen Produktion, beschäftigt werden könnten. Mir ist es lieber, wenn Leute im Kulturbereich arbeiten, statt Wohnmobile zu produzieren. Ich habe den Eindruck, dass die Entscheidung für oder gegen den Projektierungskredit nicht analytisch, sondern nur noch intuitiv getroffen werden kann. Ich selber stimme dem Kredit intuitiv zu, was ich auch allen hier im Saal empfehle.

Roger Zurbruggen: Bei diesem Projekt handelt es sich um eine echte Vision, was durch die laufende Diskussion bestätigt wird. Visionen entstehen nicht aus dem Mainstream. In der Wissenschaft entstehen neue Ideen und Modelle aus einer Kontroverse. Der Regelbetrieb der alltäglichen Wissenschaft lässt nichts Neues entstehen. Visionen kann man konstruieren oder das eine gegen das andere ausspielen. Wir sollten dieses Projekt als Vision erkennen; eine Vision garantiert keine Sicherheit, sondern sie braucht einen Counterpart, und das ist in diesem Fall die Projektierung. Wir müssen die Sache laufen lassen und Ja sagen.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Lassen Sie mich nur noch wenige Botschaften vortragen, die meiner Ansicht nach zentral sind und die ich Ihnen ans Herz legen möchte. Es ist viel geschrieben, gesagt und aufgezeigt worden in den letzten Monaten und Wochen. Die Salle Modulable soll die neue Heimat des Luzerner Theaters werden. Es geht um eine Investition in die Infrastruktur und gleichzeitig in die Entwicklung für die Zukunft. Wie Sie wissen, ist das bisherige Theatergebäude am Ende seines Lebenszyklus angelangt, investieren müssen wir so oder so. Mir ist kein vernünftiger Grund bekannt, warum wir das nicht mit einem Geschenk von 80 plus 35 Millionen Franken tun sollten und einem Modell, das die Kulturschaffenden, Stadt und Kanton Luzern sowie private Gönner und Mitträger vereint. Es handelt sich also um eine gute Ausgangslage. Eine Zustimmung zum Projektierungskredit bedeutet nicht, dass vor einer Zustimmung durch die Stadt zum Baurecht Mittel ausgegeben werden. Eine Zustimmung zum Projektierungskredit ermöglicht es aber, die notwendigen Planungsgrundlagen zu erarbeiten, um diese dann dem Volk vorlegen zu können. Das Luzerner Theater hat im Juli eine Anpassung des Projekts gefordert, um Bedingungen zu erhalten, die den Ansprüchen eines produzierenden Theaters entsprechen. Nach intensiven Arbeiten konnten diese Bedingungen erfüllt werden, das Theater steht nun hinter dem Projekt. Es ist mir deshalb nicht ganz klar, warum man jetzt diese klare Bekundung des Luzerner Theaters infrage stellt. Die Präsidentin des Stiftungsrates hat ihre Meinung dazu unmissverständlich kundgetan. Die Herausforderung bei der jetzt anstehenden Projektierung besteht aber darin, dass das Gebäude die Ansprüche erfüllen muss, die in vielleicht 20 Jahren notwendig sind. Die Kulturinstitutionen sollen sich entwickeln können, und diese Entwicklung muss die Infrastruktur nicht nur zulassen, sondern sogar unterstützen. Dafür gibt es aber keine Erfahrungswerte, und es ist deshalb anspruchsvoll, ein entsprechendes Projekt zu erarbeiten. Genau diese Planungsarbeiten müssen nun angepackt werden, wenn wir die entsprechenden Antworten erhalten wollen. Die bisherigen Planungsarbeiten haben die Kulturinstitutionen der sogenannten etablierten Kulturhäuser wie auch der freien Szene und des Südpols zusammenrücken lassen – eine Aufbruchsstimmung ist vorhanden, die es

bisher nicht gab. Das neue Gebäude soll für diese Kulturschaffenden und auch für die gesamte Luzerner Bevölkerung eine kulturelle Entwicklung ermöglichen, die dynamisch ist, die sich etablieren und einen Stillstand verhindern wird. Die Kosten für den künftigen Betrieb sind höher als heute. Man muss sich aber bewusst sein: Auch wenn man lediglich das Gebäude für das Theater erweitert oder saniert, wird sich dies ebenfalls auf die Betriebskosten auswirken. Die zusätzlichen Investitionen sind zu amortisieren, und der Unterhalt ist sicherzustellen. Bei einer Sanierung des Theaters kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Betriebskosten auf dem heutigen Niveau verbleiben werden. Das ist nicht realistisch, denn wer investiert, muss amortisieren und unterhalten. Die Betriebskosten von 31 Millionen Franken sind immer wieder ein Thema. Geben Sie uns deshalb die Chance, auch diese Zahl näher abklären zu können. Die Institutionen haben während der Sommerpause grosse Arbeit geleistet und sind zusammengedrückt. Ich habe Verständnis, dass es in dieser Zeit nicht möglich war, die Betriebskosten sattelfest berechnen zu können. Die Geschäftsberichte von anderen Theaterinstitutionen in der Schweiz bringen Erstaunliches zu Tage. Diese Theater lassen sich durchaus mit dem heutigen Luzerner Theater vergleichen. Das Theater in Bern weist öffentliche Beiträge von jährlich 37 Millionen Franken aus, das Theater in Basel 45 Millionen Franken. Das Luzerner Theater arbeitet heute also auf einem kostengünstigen Niveau. Es gibt sie, die offenen Fragen, vieles kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht oder nicht in einem hohen Detaillierungsgrad beantwortet werden. Dazu gehören die Betriebsmodelle, die Betriebs- und Unterhaltskosten, die Gestaltung des neuen Gebäudes usw. Aber genau um diese offenen Fragen beantworten zu können, ist dieser Projektierungskredit erforderlich. Wir haben bisher mit den beteiligten Kulturpartnern, mit der Stadt und mit der Stiftung Salle Modulable mit Engagement und Überzeugung am Projekt gearbeitet; dies soll bei den nächsten Schritten in der gleichen verantwortungsbewussten und innovativen Art und Weise weitergehen können. Wir haben heute in diesem Rat bereits über einen anderen Projektierungskredit diskutiert und darüber beschlossen. In der laufenden Session wird noch über weitere Projektierungskredite mit einem ähnlichen finanziellen Rahmen befunden werden müssen. Bei diesen Projekten wird nie infrage gestellt, ob die Projektierungskosten überhaupt ausgelöst werden sollen. Deshalb ist es mir nicht klar, warum hier andere Bedingungen gelten sollten. Was bisher vorliegt, ist von privater Hand finanziert worden. Ich erachte es darum auch als fair, wenn nun die öffentliche Hand die notwendigen Mittel spricht, um eine Projektierung zur Klärung der offenen Fragen zu ermöglichen. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass offensichtlich weitere Private gewillt sind, dieses Projekt zu unterstützen. Das ist ein grossartiges Signal. Der unterbreitete Projektierungskredit wird deshalb vermutlich nicht ausgeschöpft werden müssen. Unser Kanton hat strukturell ganz unterschiedliche Regionen. Die wirtschaftliche Kraft dieser Regionen sichern wir über den innerkantonalen Finanzausgleich. Damit dies möglich ist, brauchen wir ein Zentrum mit einem starken und möglichst schwankungsresistenten Motor. Das Projekt ist nicht nur kulturpolitisch, sondern auch wirtschaftlich und touristisch von grosser Bedeutung. Wir dürfen hier die Regionen nicht gegeneinander ausspielen. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass dies in den Voten von heute nicht geschehen ist, ich erachte das als entscheidend. Die involvierten Kulturbetriebe erhalten eine Möglichkeit zur Weiterentwicklung und Stärkung. Das KKL hat eine jährliche Wertschöpfung von 75 Millionen Franken. Die Projektierung beinhaltet auch eine Studie, die uns aufzeigen soll, welche wirtschaftliche Bedeutung wir vom Neuen Theater Luzern beziehungsweise von der Salle Modulable erwarten dürfen. Ich komme auf einige Voten zurück. Die Bedingungen des Trusts wurden mehrmals genannt. Wir sind der Meinung, dass es legitim ist, wenn derjenige, der eine derart grosse Summe zur Verfügung stellt, auch gewisse Erwartungen formuliert. Das war nie undemokratisch. Der Standortentscheid wurde nicht durch den Trust vorgegeben. Unter Federführung der Stadt Luzern und mit Unterstützung durch externe Fachleute hat eine Standortevaluation stattgefunden. Dabei hat man sich auf den Standort geeinigt. Der Trust hat diesen Standort übernommen. Die öffentliche Hand hat sich gegen mehrere Standorte entschieden, da man nicht in der Lage wäre, detailliertere Abklärungen zu leisten. Weiter ist gesagt worden, dass

die Salle Modulable nie gewinnbringend bespielt werden könne. Das ist bei einem Theater weder der Fall noch die Zielsetzung. Theater ist eine der teuersten Kulturformen; wenn man sich diese leistet, muss man bereit sein, auch Mittel aus der öffentlichen Hand zu sprechen. Zu einem Kulturkanton wie Luzern einer ist, gehört auch ein Theater. Weiter wurde der zeitliche Ablauf angesprochen. Im Dezember 2014 wurde der Vergleich zwischen der Stiftung Salle Modulable und den Vertretern des Trusts geschlossen. Im Jahr 2015 wurde die zu 100 Prozent privat finanzierte Machbarkeitsstudie erarbeitet. Die deutsche Übersetzung lag vor den Fasnachtsferien 2016 vor. Es handelt sich um eine grossartige Leistung, wenn man bedenkt, wie viel Zeit derartige Projekte beanspruchen. Stillstand ist eine schlechte Option für einen Bereich wie die Kultur, die einer der Motoren unserer Wirtschaft ist. Tourismus, Hotellerie, Gastronomie, Kultur und Gesellschaft profitieren, lassen Sie uns diese Chance der Weiterentwicklung dieses Motors nicht aus der Hand geben. Ich bitte Sie im Namen der Regierung, diesem Kredit zuzustimmen und damit dem Kanton und der Stadt Luzern – und den Kulturschaffenden und den hier ansässigen Gewerbebetrieben – einen Schritt in eine notwendige kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen.

Antrag EBKK/Bernhard Steiner: Ablehnung.

In der Schlussabstimmung lehnt der Rat das Dekret über einen Sonderkredit für die Projektierung des Neuen Theaters Luzern / Salle Modulable in Luzern mit 62 zu 51 Stimmen ab.

Fraktionserklärung

Für die Grüne Fraktion spricht Monique Frey.

Monique Frey: Trotz der Ablehnung des Projektierungskredites soll die Planung für eine neue Theaterinfrastruktur in Luzern weitergehen. Es ist in unserem Rat unbestritten, dass in diesem Bereich Investitionen getätigt werden müssen. Es könnte auch sein, dass dem Trust klar wird, dass seine Bedingungen mit dem zeitlichen Ablauf und dem Standort nicht unseren demokratischen Abläufen entsprechen. Es kann nicht sein, dass eine Seite so starre Regeln vorgeben darf. Demokratie heisst nicht nur Offenlegen von Bedingungen, sondern gemeinsam über das weitere Vorgehen bestimmen. In Zukunft braucht es Informationen, die dem Öffentlichkeitsprinzip entsprechen. Wir wissen, dass die EBKK weniger Informationen zur Verfügung hatte als die Kommission der Stadt. Der Regierungsrat hat heute zusätzliche Informationen geliefert, die der EBKK ebenfalls nicht bekannt gewesen sind. Die Kosten sind nicht entscheidend. Der Kanton kann sich eine neue Theaterinfrastruktur leisten, genauso wie er sich neue Strassen leisten kann. Ich möchte den Regierungsrat auffordern, trotz des Neins zum Projektierungskredit die Chance wahrzunehmen und zusammen mit der Stadt das weitere Vorgehen zu planen. Es ist unbestritten, dass in die Theaterinfrastruktur investiert werden soll, bestritten sind nur die Zeitplanung und der Standort.